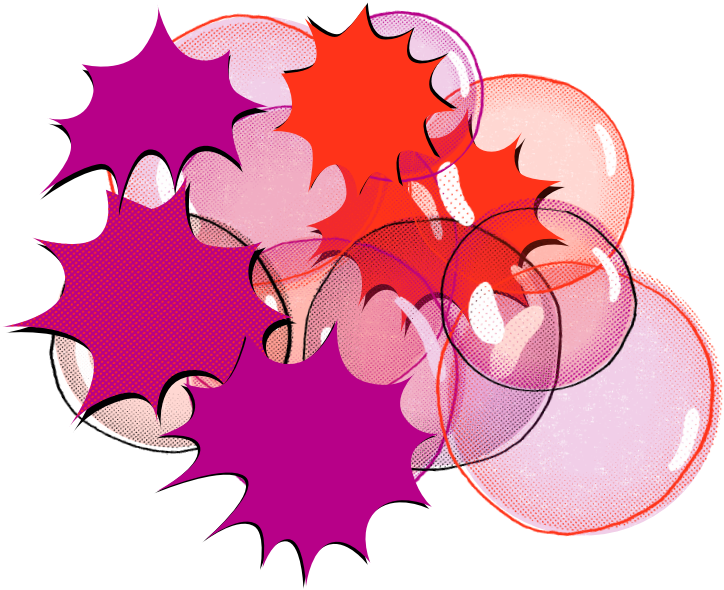


ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



SCHÖNE GRÜNE WELT

**Über die Mythen
der Green Economy**

3. AKTUALISIERTE AUFLAGE

luxemburg argumente

Sie stoppt den Klimawandel und das Artensterben und schafft nebenbei hohe Wachstumsraten und Millionen Arbeitsplätze: die *Green Economy*. Sie gilt als Wunderwaffe, die den globalen Kapitalismus stabilisiert – und auch noch nachhaltig macht. Was aber ist *Green Economy*? In ihr sollen politische Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass Kapital fließt, um die Wirtschaft zu «begrünen» und «grüne» Arbeitsplätze zu schaffen. Unternehmen sollen für Umweltschäden einen «angemessenen» Preis zahlen. Und nicht zuletzt soll der Staat seine öffentliche Beschaffung (alle Einkäufe, die der Staat tätigt) am Nachhaltigkeitskriterium ausrichten und nachhaltige Infrastrukturen fördern.

Im Juni 1992 brachte die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro einen Begriff hervor, der jahrelang als Leitmotiv die globale Politik prägen sollte: die «nachhaltige Entwicklung». 20 Jahre später, auf der UN-Konferenz Rio+20 (wieder im Juni, wieder in Rio) sollte die *Green Economy* die nachhaltige Entwicklung als neue Zauberformel ablösen. Seit mehr als 20 Jahren wird von der Begründung des Kapitalismus geschwärmt. Gleichzeitig ist offensichtlich: Irgendwie geht es mit der nachhaltigen Entwicklung nicht recht voran. Die CO₂-Emissionen steigen, die biologische Vielfalt schrumpft. Hunger, Armut und Ungleichheit nehmen in vielen Ländern zu. Die gefeierte «Versöhnung von Ökologie und Ökonomie» gestaltet sich zäh. Die Zauberkraft der *Green Economy* ist zweifelhaft.

Diese Broschüre soll zeigen: *Green Economy* ist ein umkämpfter Begriff. Er wird je nach Interessenlage mit vielen, teils widersprüchlichen Inhalten gefüllt. Auf den folgenden Seiten soll deutlich werden, wo die Vorschläge zu kurz greifen, zu schnell den Kompromiss mit den herrschenden Kräften suchen und Alternativen eher verdrängen als fördern. Doch was sind Alternativen, und wie sähe ein Gegenbild zur *Green Economy* aus? Auch darum soll es hier gehen. Denn fest steht: Wenn eine *Green Economy* nicht mit den Strukturen der *Old Economy* bricht und lediglich der Begründung oder gar Ausweitung des Kapitalismus und als Wachstumsprogramm dient, so wird sie sehr schnell ihren Glanz verlieren. Daher folgt aus der hier formulierten Kritik an der *Green Economy* das plurale Projekt einer sozial-ökologischen Transformation.

INHALT

Die zwölf Mythen der *Green Economy*

« <i>Green Economy</i> ist nicht gleich <i>Green Economy</i> »	2
1. « <i>Green Economy</i> belebt die nachhaltige Entwicklung»	4
2. «Die Krise ist eine Chance für eine <i>Green Economy</i> »	7
3. «Die <i>Green Economy</i> versöhnt Ökonomie und Ökologie»	9
4. «Die <i>Green Economy</i> schafft gute Arbeitsplätze»	15
5. «Höhere Effizienz führt zu mehr Wachstum mit weniger Ressourcenverbrauch»	18
6. «Umweltschutz und Nachhaltigkeit benötigen einen starken Staat»	23
7. «Unternehmen sind die Motoren der <i>Green Economy</i> »	26
8. «Grünes Geld fördert die grüne Wirtschaft»	28
9. «Deutschland kann seine Stellung als Weltmarktführer bei grünen Technologien ausbauen»	31
10. «Verbrauchermacht zwingt Unternehmen zum Umweltschutz»	34
11. «Die <i>Green Economy</i> bietet dem Süden Entwicklungschancen»	36
12. « <i>Green Economy</i> bekämpft Armut»	39
Fazit: Angesichts der falschen Versprechen der <i>Green Economy</i> : Eine sozial-ökologische Transformation ist nötig (und möglich)!	42
Zum Weiterlesen	47

«GREEN ECONOMY IST NICHT GLEICH GREEN ECONOMY»

Die *Green Economy*, also eine «grüne» Wirtschaft, verspricht, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Der Begriff wurde maßgeblich vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) geprägt, das 2008 die Green Economy Initiative startete. Als Teil dieser Initiative veröffentlichte das UNEP 2011 einen «Green Economy Report».¹ Darin wird *Green Economy* als eine Art des Wirtschaftens definiert, die das «menschliche Wohlergehen steigert und soziale Gleichheit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken verringert und die Knappheit ökologischer Ressourcen berücksichtigt werden». Seither wurde der Begriff von vielen Seiten aufgegriffen, besonders prominent im Vorfeld und während des Rio+20-Gipfels im Juni 2012. Dabei bleibt der Inhalt des Begriffs unklar. Einerseits lassen sich viele verschiedene Konzepte unter diesem Namen sammeln, andererseits werden leicht unterschiedliche Bezeichnungen für gleiche Ansätze verwendet.²

2

Die OECD etwa spricht in diesem Zusammenhang von einem neuen Paradigma des «grünen Wachstums».³ Die Handelsorganisationen der Vereinten Nationen UNCTAD betont die Entwicklungsperspektive der *Green Economy*. Bündnis 90/Die Grünen (maßgeblich die Fraktion im Europäischen Parlament) fordern hingegen – in Anlehnung an Roosevelts historischen New Deal für die USA in den 1930er Jahren – einen «Green New Deal» für Europa, in dem sie eine «umfassende Antwort auf die derzeitige wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise» sehen.⁴ Zu den FörderInnen des Konzepts der *Green Economy* zählt auch die hochrangige Nachhaltigkeitskommission des UN-Generalsekretärs, die 2012 ihren Abschlussbericht veröffentlichte.⁵

1 UNEP 2011: Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf (Zugriff: Februar 2013). 2 Baer, Holger/Werland, Stefan: Worüber reden wir denn eigentlich? Die Green Economy im Vorfeld von Rio+20, Blogbeitrag vom 29.1.2012, blog.postwachstum.de/woruber-reden-wir-denn-eigentlich-die-green-economy-im-vorfeld-von-rio20-20120129 (Zugriff: Februar 2013). 3 OECD 2011: Towards Green Growth, www.oecd.org/dataoecd/37/34/48224539.pdf (Zugriff: Februar 2013). 4 Siehe www.gruene.europa.de/themen/wirtschaft-arbeit/green-new-deal-konkret.html und www.gruene-europa.de/der-green-new-deal-7804.html (beide abgerufen im Februar 2013). 5 UN GSP 2012: Resilient Planet, Resilient People, A Future Worth Choosing, www.un.org/gsp/sites/default/files/attachments/GSP_Report_web_final.pdf (Zugriff: Februar 2013).

In Rio selbst kam es zu keiner Einigung über den Begriff oder das Konzept. Im Abschlussdokument des Gipfels kommt der Begriff *Green Economy* 23-mal vor, eine Definition fehlt jedoch. Teilweise wird die *Green Economy* im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung genannt (*sustainable development*)⁶, teilweise mit nachhaltigem Wachstum (*sustained economic growth*) oder einfach nur Wachstum.⁷ Widersprüchlich bleibt auch, dass eine *Green Economy* an manchen Stellen als die Lösung für die Probleme der Welt dargestellt wird – also analog zum Mantra der «nachhaltigen Entwicklung» –, in anderen Paragraphen aber eingeräumt wird, dass es weiterhin unterschiedliche Lösungsansätze gibt, die gleichberechtigt nebeneinander existieren und an die spezifischen Bedürfnisse eines Landes angepasst werden müssen.⁸

Edgardo Lander, Professor für Soziologie an der Zentraluniversität von Venezuela und namhafter Kritiker des UNEP-Berichts, fasst den Kern der *Green Economy* daher wie folgt zusammen: «Das Konzept der *Green Economy* ist ein erneuter Beweis für die außerordentliche Fähigkeit internationaler Organisationen, sowohl der Finanzwelt als auch der Vereinten Nationen – die zunehmend vom vorherrschenden neoliberalen Denken infiltriert sind –, sich jedes mögliche Konzept anzueignen, das ursprünglich einen kritischen Ansatz hatte. Es ist daher völlig entleert von jedem kritischen Inhalt, um es in ein neues Instrument zu verwandeln, um die herrschende Ordnung zu reproduzieren.»⁹

3

⁶ So heißt es in der offiziellen Erklärung der Konferenz: «We express our determination to address the themes of the United Nations Conference on Sustainable Development, namely, a green economy in the context of sustainable development and poverty eradication, and the institutional framework for sustainable development.» in: UN GA 2012: The Future We Want, <http://www.uncsd2012.org/content/documents/727The%20Future%20We%20Want%2019%20June%201230pm.pdf> (Zugriff: Oktober 2012). ⁷ Ebenda. ⁸ Ebenda. ⁹ Interview mit Edgardo Lander auf der Webseite Alter Echos. Alter Echos 2012: L'économie verte, solution magique ou néolibéralisme vert ?, Eintrag vom 14.6.2012, alter-echos.org/justice-climatique/leconomie-verte-solution-magique-ou-neoliberalisme-vert (Zugriff: Februar 2013), Übersetzung d. A.

«GREEN ECONOMY BELEBT DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG»

Die Strategien «nachhaltiger Entwicklung» haben die Weltwirtschaft nicht nachhaltig gemacht. Die Belastung der Umwelt bedroht mittlerweile Staaten, Regionen, ja das ganze System. Immer wieder wird behauptet, die Strategie nachhaltiger Entwicklung sei unwirksam, weil der politische Wille fehle und die umweltpolitischen Institutionen zu schwach blieben. Diesen Mangel soll die *Green Economy* beheben. Denn sie sei ein neues Wirtschaftsparadigma, das die Konzepte der nachhaltigen Entwicklung endlich konkret mache.¹⁰ Die politischen Rahmenbedingungen sollen von starken internationalen politischen Institutionen im Zusammenspiel mit nationalen Regierungen geschaffen werden. Davon sollen alle etwas haben: Die Unternehmen erhalten neue Märkte, die Beschäftigten attraktive und sinnvolle Arbeit, und die Länder des Südens bekommen ihre Chance in den «grünen Sektoren» des Weltmarktes. Und Gesellschaft und Natur profitieren vom geringeren Ressourcenverbrauch.

4

Was ist dran?

Richtig ist: Trotz vieler Einzelerfolge ist die Politik der nachhaltigen Entwicklung weitgehend gescheitert. Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme sind nicht gelöst. Doch die Ursachenanalyse greift seltsam kurz: Die Begründung «schwache politische Institutionen» verweist auf den mangelnden politischen Willen, starke Institutionen zu schaffen – Institutionen, denen sich die nationalen Regierungen und auch die Unternehmen beugen müssen. Die Begründung «mangelnder politischer Wille» wiederum ist keine Antwort, sondern führt nur zur nächsten Frage: Warum will «die Politik» nicht?

Der Grund ist, dass die Regierungen der ökonomisch mächtigen Länder das westliche Lebens- und Produktionsmodell nicht hinterfragen und an einer weitgehend ungesteuerten kapita-

¹⁰ Zu den Differenzen und Gemeinsamkeiten von nachhaltiger Entwicklung und *Green Economy* vgl. Markus Wissen: Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise, in: Kurswechsel 2/2012, S. 28–36.

listischen Globalisierung festhalten. Hier herrscht die Konkurrenz um Weltmarktanteile, die wiederum die Umweltbelastungen und den Ressourcenverbrauch rasant wachsen lässt. Dies liegt am Gegensatz von betriebswirtschaftlicher Kalkulation einerseits und Naturschutz oder nachhaltiger Naturnutzung andererseits: Für die Unternehmen ist es bislang meist profitabler, Natur als billige Rohstoffquelle und Mülldeponie zu nutzen. Schließlich werden Rohstoffe zunächst einmal gratis zur Verfügung gestellt, und die Natur verlangt auch keine Müllgebühren. Eine kurze Lebensdauer von rohstoffintensiven Produkten ist oft rentabler als die umweltschonende Produktion hochwertiger Güter.

Zur Konkurrenz um Weltmarktanteile kommt die Konkurrenz der Staaten um die Verteilung der Kosten und Erträge der *Green Economy*. «Wie zu erwarten, gehören diejenigen Gruppen zu den stärksten Blockierern von Transformationsprozessen, die durch den angestrebten Wandel materielle oder Statusverluste zu erwarten haben», schreibt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) zu diesem Zusammenhang.¹¹ Die grüne Wirtschaft ist eben kein Gewinn für alle, sondern nur für die GewinnerInnen. Der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, bringt es auf den Punkt: «Eine neue Weltordnung bricht an. Das Rennen um die Führerschaft hat bereits begonnen. Für die Gewinner sind die Erträge klar: Innovationen und Investitionen in saubere Energien werden das grüne Wachstum stimulieren; es wird Jobs schaffen, eine größere Unabhängigkeit der Energieversorgung und der nationalen Sicherheit.»¹²

Die grüne Wirtschaft schafft also keine Win-win-Situation. Stattdessen werden kapitalintensive Bergbau- und Großprojekte im Bereich der Infrastruktur, teure Offshore-Windanlagen und der Emissionshandel vorangetrieben. Auch die *Green Economy* bleibt innerhalb der kapitalistischen Rationalität.¹³ Mächtig sind in erster Linie diejenigen, die auch über Kapital verfügen

11 WBGU 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf (Februar 2013), S. 201. 12 So Josef Ackermann, damals Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank AG, im Dezember 2010. Zitiert nach: Jaeger, Carlos C. et al.: A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Synthesis Report. European Climate Forum e.V., Potsdam 2011.

und es investieren können. Die Logik von ständig neuen Investitionen, von Profit und Konkurrenz wird nicht hinterfragt.¹⁴ Für die Unternehmen heißt es weiterhin «Gewinne maximieren». Und für die Staaten heißt es «nationales Wirtschaftswachstum maximieren». Die konkreten ökologischen Kosten in vielen Regionen der Welt, aber auch die sozialen Kosten der ökologischen Modernisierung bleiben zweitrangig. Probleme werden auf diese Weise nicht gelöst, sondern nur verschoben. Etwa wenn in Europa Autos mit Agrartreibstoffen angetrieben und dafür in Indonesien KleinbäuerInnen enteignet oder Tropenwälder abgeholzt werden, um Zementfabriken deutscher Firmen zu errichten oder Plantagen für Ölpalmen anzulegen. Oder wenn Unternehmen des Nordens die besonders umweltschädliche Produktion in Länder des Südens verlagern.

Green Economy bedeutet also nicht, dass der Schutz von Mensch und Umwelt das Streben nach Profit ersetzt. Stattdessen bleibt in der Welt der *Green Economy* die Profiterwirtschaftung notwendige Bedingung allen Wirtschaftens, der Umweltschutz wird ihr untergeordnet. Auch staatliche Regelung hat hier nur begrenzte Einflussmöglichkeiten (siehe Punkt 6: «Umweltschutz und Nachhaltigkeit benötigen einen starken Staat»). Von daher sind die Aussichten einer *Green Economy* nicht grundsätzlich andere als die der «nachhaltigen Entwicklung». Anders wäre dies erst, wenn nicht länger auf die Modernisierung des Kapitalismus gesetzt würde, sondern auf eine grundlegende Transformation hin zu einer solidarischen Produktions- und Lebensweise, in der Mensch und Natur nicht länger nur möglichst billige Ressourcen sind.

6

13 Wichterich, Christa: Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy, in: Informationen für die Frau 5/2011, S. 5–7; Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias: Green Economy – Green New Deal – Green Growth. Occupy Rio plus 20, in: W&E-Hintergrund November 2001, www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/wearchiv/042ae69e6d0b04602/042ae69fa30de0101.php (Zugriff: Februar 2012). **14** Laws, Norman: Graben nach dem grünen Gold. Der Freitag vom 18.7.2012, www.freitag.de/autoren/geld-und-glueck/graben-nach-dem-gruenen-gold (Zugriff: Februar 2013).

«DIE KRISE IST EINE CHANCE FÜR EINE GREEN ECONOMY»

In vielen politischen Reden ist zu hören, die Krise könne für einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft genutzt werden. Die EU-Kommission formulierte 2010 einen Plan für nachhaltiges Wachstum, um eine Ressourcen schonende, ökologische und wettbewerbsfähige Wirtschaft zu schaffen.¹⁵ Die Krise gilt zum einen als Chance für die *Green Economy*. Und zugleich gilt die *Green Economy* als Mittel gegen die Schwäche des Wirtschaftswachstums. In der Tat wachsen derzeit die Solarenergie-, Biomasse-, Windkraft- und Recyclingindustrien besonders stark. So schrieb das Bundesumweltministerium im Krisenjahr 2009: «Die Umwelttechnik erweist sich selbst in einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Abkühlung als robust. Dies zeigt beispielsweise für Deutschland der Geschäftsausblick der Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig: Denn mehr als 80 Prozent aller befragten Unternehmen erwarten künftig gleichbleibende oder günstigere Geschäftsaussichten.»¹⁶

7

Was ist dran?

Entgegen solcher optimistischen Prognosen zeigt sich: Die Krise ist eher ein schlechtes Umfeld für die *Green Economy*. Im Zuge der globalen Finanzkrise haben sich viele Staaten stark verschuldet. Die Schuldenkrise, in der einige Staaten nun stecken, wird vor allem durch Versuche bekämpft, das Wirtschaftswachstum mit allen Mitteln zu fördern, zum Beispiel indem Unternehmen von Kosten entlastet werden. Dabei verlässt sich die Politik nicht auf die Wunderwaffe *Green Economy*: In Anbetracht der kostspieligen Krise scheut sie weitere Ausgaben, die durch einen ökologischen Umbau oder schärfere Umweltauflagen entstehen könnten. Bereits 2009 hatten die Ökonomen Nicolas Stern und Ottmar Edenhofer Vorschläge unterbreitet, wie die G20-Staaten eine *Global Green Recovery*, eine

¹⁵ EU Commission 2010: Europe 2020 – A European Strategy for Smart, Sustainable and Inclusive Growth, <http://ec.europa.eu/research/era/docs/en/investing-in-research-european-commission-europe-2020-2010.pdf> (Zugriff: Februar 2013). ¹⁶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2009: GreenTech made in Germany 2.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland, www.euractiv.de/fileadmin/images/greentech2009.pdf (Zugriff: Februar 2013).

globale grüne Erholung, einleiten könnten. Umgesetzt wurden die Vorschläge nicht. Stattdessen folgten viele Staaten dem deutschen Vorbild und kurbelten mittels Abwrackprämien den Absatz der Autoindustrie an – mit entsprechenden Auswirkungen für die Umwelt. Die Folge dieser Politik: Im Jahr 2010 wurden so viele Emissionen freigesetzt wie nie zuvor. «Erstmals seit der Jahrtausendwende stiegen die Emissionen der G20 stärker als das Wirtschaftswachstum», schreiben Achim Brunnengräber und Tobias Haas. Und folgern: «Die Zukunftsperspektiven sehen gerade angesichts der multiplen Krisen düster aus.»¹⁷

Selbst wenn die Standorte zur Lösung der Krise ganz auf «grün» setzen würden, wäre fraglich, ob die Umwelt davon profitieren könnte. Denn eine *Green Economy* beendet den Wachstumszwang nicht. Und was ungebremstes Wachstum bedeutet, macht folgendes Beispiel klar: In Deutschland kommen derzeit etwa 700 Fahrzeuge auf 1.000 EinwohnerInnen. Wenn sich weltweit die Automobilität auf bundesdeutsches Niveau steigern würde, dann würde das nicht nur einen massiven – und gewinnträchtigen – Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erfordern, sondern einen Anstieg von heute einer Milliarde Autos auf etwa fünf Milliarden bedeuten. Selbst bei massivem Einsatz von Elektromotoren wäre ein enormer zusätzlicher Verbrauch von Ressourcen, Energie und Senken¹⁸ die Folge.

Die *Green Economy* ist ein Versprechen, den Kapitalismus «grün» zu modernisieren, ohne aber kapitalistische Logiken wie Konkurrenz und Wettbewerb aufzugeben oder die Machtverhältnisse, die zugunsten der Unternehmen organisiert sind, anzutasten.¹⁹ Die nicht-nachhaltige kapitalistische Lebensweise soll zwar etwas ökologischer werden, aber ihre antiökologischen Prinzipien will man beibehalten. Das Unterfangen erinnert an die sprichwörtliche Aufforderung: «Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.»

17 Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias: Rio+20: Die grüne Beliebigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2012, S. 15–18. **18** Als CO₂-Senken bezeichnet man natürliche Reservoirs, etwa Wälder und Ozeane, die Kohlenstoff – vorübergehend oder dauerhaft – aufnehmen und speichern und so der Erderwärmung entgegenwirken. **19** Vgl. Wichterich: Kapitalismus mit Wärmedämmung.

«DIE GREEN ECONOMY VERSÖHNT ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE»

Unabhängig von der aktuellen Krise sagen die BefürworterInnen: Die *Green Economy* versöhnt Ökologie und Ökonomie miteinander. Das Bundesumweltministerium formuliert es so: «Umweltschutz und Wirtschaftswachstum stehen nicht im Widerspruch, sondern bedingen einander.»²⁰ Und der prominente Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker argumentiert: «Eine Welle neuer, faszinierender technologischer Innovationen könnte zur größten Hoffnung für einen neuen Aufschwung werden.»²¹ Eine Strategie gegen die zunehmende Umweltzerstörung besteht darin, den ökonomischen Wert der Natur zu erkennen und ihr einen Preis zu geben. Natur, so die Annahme, wird dann geschützt, wenn sie als «Naturkapital» in die Kalkulation der Wirtschaft eingeht. «Die Preise sollen die ökologische Wahrheit sagen» – dieser Satz hört sich ganz aufrichtig an.

Die *Green Economy* gilt ihren BefürworterInnen als Konjunkturmotor: Die Vereinten Nationen sagen im Zeitraum von 2010 bis 2050 für das «grüne Investitionsszenario» höhere Wachstumsraten voraus als für das «business-as-usual»-Szenario. «Wirtschaften wie bisher» würde bedeuten, dass der nicht-nachhaltige Entwicklungspfad fortgeschrieben wird. Für Deutschland errechnen entsprechende Studien für 2020 eine Wachstumsrate von 2,4 Prozent in einer *Green Economy* gegenüber 1,8 Prozent im Falle, dass der ökologische Umbau nicht erfolgt. Auch die Arbeitslosenquote liegt bei dieser Modellrechnung im «grünen» Szenario bei 5,6 Prozent, im «traditionellen» Szenario dagegen bei 8,5 Prozent.²²

20 Bundesministerium für Umwelt: Umwelttechnologie-Atlas, S. 10. **21** Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Hargroves, Karlson/Smith, Michael: Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München 2010, S. 25. **22** Siehe Jänicke, Martin: Green Growth. Vom Wachstum der Öko-Industrie zum nachhaltigen Wirtschaften, Forschungszentrum für Umweltpolitik, Berlin 2011, edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCSS_derivate_000000001704/FFU_Report_06-2011_Martin_Jänicke_Green_Growth.pdf?hosts= (Zugriff: Februar 2013).

Vor wenigen Jahren schätzte das Bundesumweltministerium, dass Umwelttechnologien in Deutschland bereits acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und dass sich dieser Anteil bis 2020 auf 14 Prozent erhöhen werde.²³

Tabelle 1

Weltmarktvolumen für Umwelttechnologien 2007
[in Milliarden Euro]

Energieeffizienz	538
Nachhaltige Wasserwirtschaft	361
Nachhaltige Mobilität	200
Umweltfreundliche Energien	155
Rohstoff- und Materialeffizienz	94
Kreislaufwirtschaft	35

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Umwelttechnologie-Atlas

Im selben «Umwelttechnologie-Atlas» heißt es: «Insbesondere die Märkte für Photovoltaik, Solarthermie, Windenergie und Biogas werden bis 2020 um etwa 20 Prozent pro Jahr wachsen: Wurden im Jahr 2007 gerade einmal 31 Millionen Quadratmeter Sonnenkollektoren zur Wärmegewinnung installiert, werden dies im Jahr 2020 bis zu 340 Millionen Quadratmeter sein. Das Marktvolumen für die Hersteller der Kollektoren steigt derzeit jährlich um ein Viertel.»²⁴

Tabelle 2

Weltmarktprojektionen in Kernsektoren

Weltmarktvolumen	2007	2020	Wachstum bis 2020 p. a.
Solarthermie [Mio. m ²] **	31	337	+20%
Photovoltaik [GWp] *.**	3	65	+27%
Windkraft [GW] *	20	137	+16%
Brennstoffzellen [Mrd. Euro]	1	52	+39%

* Neu installierte Kapazität, ** Gigawatt-Peak – Leistung bei Testbedingungen

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:
Umwelttechnologie-Atlas

Was ist dran?

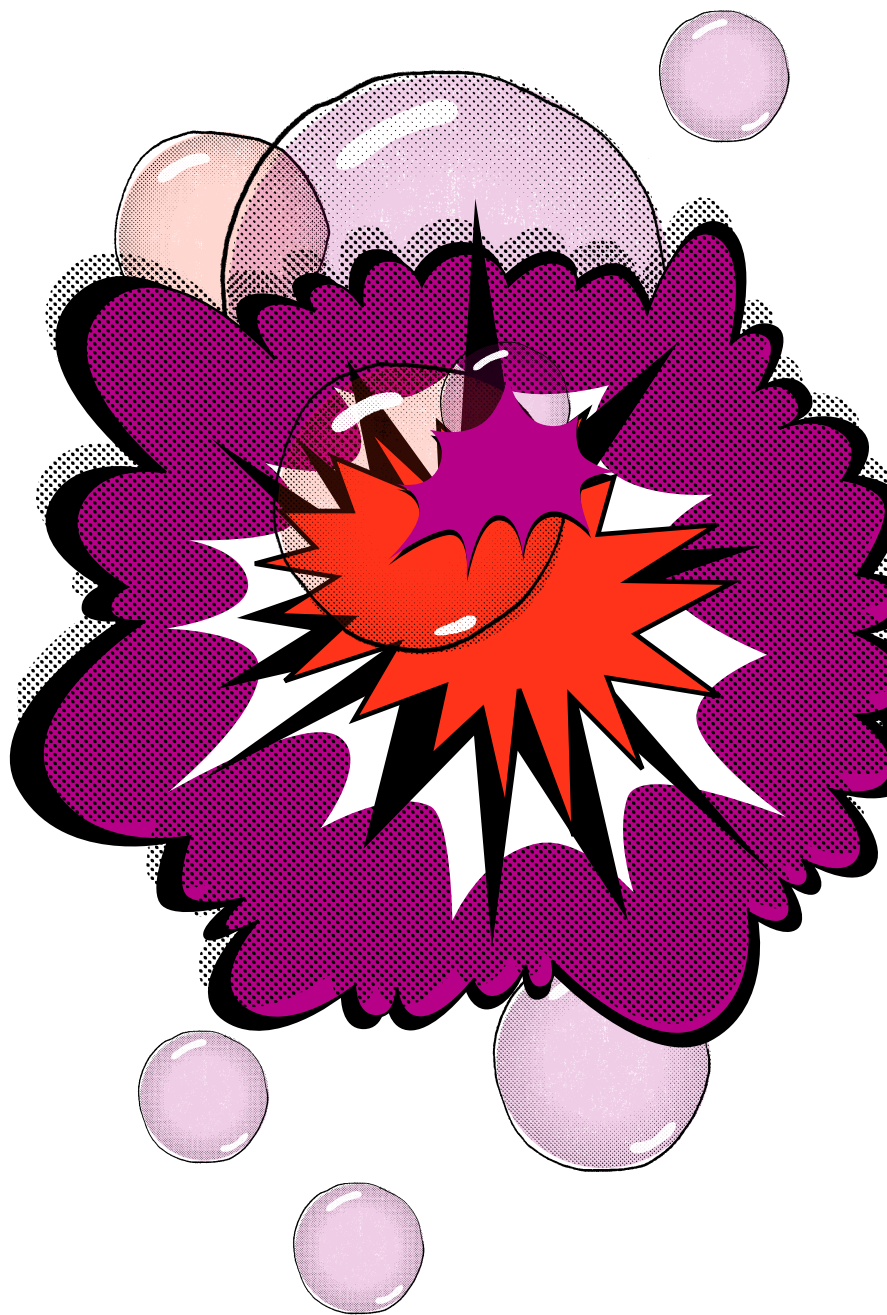
Die Bedeutung des bundesdeutschen und globalen Marktes für klima- und umweltfreundliche Güter und Dienstleistungen ist unbestritten und wird weiter zunehmen. Jedoch:

Erstens sind derartige Wachstumsprognosen mit großer Unsicherheit behaftet. Schon in «normalen» Zeiten – ohne Wirtschaftskrise, ohne labilen Bankensektor und ohne einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft – scheitern ÖkonomInnen oft daran, das Wirtschaftswachstum der kommenden sechs Monate korrekt vorherzusagen. Im Jahr vor der großen Krise sagten die einschlägigen Prognosen für 2008 noch ein Wachstum von 2,4 bzw. 2,2 Prozent voraus; tatsächlich wuchs die Wirtschaft in dem Jahr um lediglich 1,1 Prozent. Noch markanter sind die Fehlprognosen von Frühjahr und Herbst 2008: Für das Jahr 2009 errechneten sie ein Wachstum von 1,4 Prozent bzw. 0,7 Prozent. Tatsächlich wuchs die Wirtschaft 2009 überhaupt nicht, sondern schrumpfte – um 5,1 Prozent! Prognosen über Jahrzehnte sind dementsprechend mit noch größerer Vorsicht zu genießen. Sie drücken eher Tendenzen und Stimmungsbilder aus. Die kapitalistische Wirtschaft ist nur begrenzt planbar.

Zweitens ist die Formel der «Versöhnung von Ökonomie und Ökologie» erklärungsbedürftig. Sie geht nämlich von einem Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aus, der in der harmonischen Welt der *Green Economy* eigentlich nicht mehr gelten soll. Dass dieser Gegensatz weiter besteht, belegen all die Schwierigkeiten, die Staaten beim ökologischen Umbau haben. Wenn schmutzige und billige Kohle als Energieträger immer wichtiger wird, wenn Unternehmen ihre umweltschädliche Produktion in andere Länder verlagern, wenn zur Produktion von Agrartreibstoffen («Biosprit») Regenwald abgeholzt wird, wenn Regierungen den Emissionshandel mit Verweis auf die Kosten für die heimischen Unternehmen ablehnen, wird deutlich: Wirtschaftswachstum, hohe Unternehmensgewinne und eine gleichzeitig saubere Natur bleiben auch unter grünem Deckmantel in der Regel ein Gegensatz.

Drittens kann man nicht davon ausgehen, dass «grüne» Güter automatisch «sauber» produziert werden. Für die Produktion werden weiterhin Rohstoffe benötigt, die meist unter wenig nachhaltigen Bedingungen abgebaut werden und oft durch lange Zuliefererketten zum Endproduzenten gelangen. Beispiel Elektroautos: Um sie zu produzieren, sind verschiedene Metalle – sogenannte Seltene Erden – notwendig. Der Abbau dieser Seltenen Erden (die gar nicht so selten sind), derzeit vor allem in China, findet jedoch unter ökologisch und sozial katastrophalen Bedingungen statt: Umsiedlungen, großflächige Zerstörung der Natur, giftige Emissionen und die Beschäftigung billiger WanderarbeiterInnen zählen zu den problematischen «Nebeneffekten». Dass die Seltenen Erden für ein «grüneres» Produkt verwendet werden, ändert an diesen Bedingungen nichts.

Viertens zielt auch die *Green Economy* auf Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum bedeutet eine Zunahme der in Geld gemessenen Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Doch hinter dem Zwang zum Wachstum verschwindet die Frage, wie dieses Wachstum zustande kommt. Denn all die Waren werden durch Menschen produziert, die ihr Erwerbseinkommen mehr oder weniger vollständig für Miete, Lebensmittel, Fortbewegung und andere Dinge des täglichen Bedarfs ausgeben. Wer die Produkte unter welchen Bedingungen herstellt, spielt in der Diskussion über *Green Economy*, wenn überhaupt,



nur eine Nebenrolle. Die Hauptsache ist, dass mehr Güter und Dienstleistungen hergestellt und verkauft werden, um Gewinne zu erwirtschaften.

Fünftens: Bis es soweit ist, reicht es nicht aus, abstrakt auf «grünes Wachstum» zu setzen. Die entscheidenden Fragen sind vielmehr: Unter welchen Bedingungen findet dieses Wachstum statt? Unter der Kontrolle der Energiekonzerne, die ein Interesse an Großprojekten wie Offshore-Windparks und monopolistischen Energienetzen haben? Oder mittels dezentraler Energieerzeugung unter demokratischer Kontrolle? Wer entscheidet, was recycelt werden kann und wie recycelt wird – und warum nicht Müllvermeidung an erster Stelle steht? Wer also kontrolliert die *Green Economy*, wessen Interessen dient sie? Was sind die in die Wirtschaft eingelassenen Wachstumszwänge?²⁵

14

Sechstens: Der Anspruch, dass die «Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen» blendet aus, dass viele wichtige Funktionen der Natur gar nicht in Preisen ausgedrückt werden können. Und das ist auch besser so. Denn wenn die Zerstörung der Natur einen Preis erhält, wird sie nur dann geschützt, wenn ihr Schutz billiger ist als ihre Zerstörung. Gemeingüter sollten daher nicht der Wert- und Preislogik unterworfen, sondern geschützt und nachhaltig genutzt werden, nicht nach Maßgabe betriebswirtschaftlicher Kalkulation, sondern gemäß ökologisch-sozialer Kriterien.²⁶ Die Vorschläge zu einer *Green Economy* laufen Gefahr, die kapitalistische Inwertsetzung der Natur zu vertiefen. Das wird aktuell im Bereich der Klimapolitik an dem neuen Zauberinstrument REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) deutlich. Es werden massive Geldflüsse dafür in Aussicht gestellt, wenn Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung verringert werden. Auch der internationale Bericht «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» (TEEB; www.teebweb.org) empfiehlt, den Schutz der biologischen Vielfalt dadurch zu gewährleisten, dass dieser ein

²⁵ Binswanger, Hans Christoph: Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung, in: Held, Martin et al. (Hrsg.): Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit, Marburg 2011, S. 183–200. ²⁶ Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, München 2009; Ostrom, Elinor: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter, München 2011.

ökonomischer Wert gegeben wird. Zwar kann die Bewertung bestimmter Ökosystemdienstleistungen in Geld aufzeigen, wie essenziell diese für unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind. Doch sollte der Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt nicht allein dem Motiv folgen, damit Geld zu verdienen.²⁷

4.

«DIE GREEN ECONOMY SCHAFFT GUTE ARBEITSPLÄTZE»

Das Umschwenken hin zu einer grünen Ökonomie soll neue Jobs schaffen. So schätzt eine vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studie, die Erhöhung des EU-weiten CO₂-Reduktionsziels von 20 auf 30 Prozent könne sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in Europa schaffen.²⁸ Und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen rechnet zwar zunächst mit Beschäftigungsverlusten in nicht-nachhaltigen Sektoren. Doch die würden ab 2030 mindestens ausgeglichen werden.²⁹ Die neuen Jobs sollen zudem besonders attraktiv und gut bezahlt sein. «Emissionsarme Wirtschaftsbranchen [...] beschäftigen eher hoch qualifizierte Arbeitnehmer», schreibt die International Labour Organization (ILO).³⁰

15

Was ist dran?

Tatsächlich sind bereits viele Menschen in den «grünen Sektoren» beschäftigt. Während in Deutschland im konventionellen Energiesektor im Jahr 2009 über 230.000 Menschen arbeiteten, waren es im Bereich der erneuerbaren Energien bereits 366.000 Menschen (im Jahr 2010).³¹ Und ihre Zahl wächst. Umwelttechnologie schafft Arbeitsplätze in Deutschland. So heißt es im Umweltwirtschaftsbericht 2011 des Bundesumwelt-

²⁷ Vgl. Chapelle, Sophie: Rio+20: Comment multinationales et marchés financiers comptent s'accaparer la nature, Eintrag vom 18.6.2012, www.bastamag.net/article2479.html (Zugriff: Februar 2013) sowie Chapelle, Sophie: Comment s'enrichir en prétendant sauver la planète, Interview mit Christophe Bonneuil vom 20.6.2012, www.bastamag.net/article2484.html (Zugriff: Februar 2013). ²⁸ Jaeger, Carlos C. et al.: A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Synthesis Report, Potsdam 2011. ²⁹ UNEP: Towards a Green Economy, S. 505/533. ³⁰ International Labour Organization (ILO): Towards a Greener Economy: The Social Dimensions, Genf 2011, S. 5. ³¹ Deutsche Energie-Agentur (DENA): Beschäftigung im Energiesektor, www.thema-energie.de/energie-im-ueberblick/daten-fakten/marktzahlen/beschaeftigung-im-energiesektor.html (Zugriff: Februar 2013).

ministeriums: «Mehr als 1,8 Millionen Beschäftigte verdienen mittlerweile ihr Einkommen damit – mehr als je zuvor. Zwischen 2000 und 2011 erlangte die deutsche «Umweltindustrie» einen Anteil von elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).»³² Demnach hängt jeder zwanzigste Job in Deutschland an Gütern und Dienstleistungen rund um die Umwelt.³³ Die Belegschaften in diesem Bereich wuchsen von 2005 bis 2007 um durchschnittlich 14 Prozent. Auch künftig sollen Raten von zehn Prozent und mehr erreicht werden.

Im Bereich der erneuerbaren Energien gab es zwischen 2004 und 2011 eine Verdoppelung auf 381.600 Beschäftigte, wovon gute zwei Drittel auf die Wirkung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zurückzuführen sind.³⁴

Doch was bedeuten solche Zahlen und Prognosen konkret?

Erstens stimmt die Gleichung «grüne Jobs = gute Jobs» nicht. In den aufstrebenden Ökobranchen sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig. Viele der meist mittelständischen Unternehmen haben keinen Tarifvertrag: Bei den Biogaserzeugern etwa gilt nur in 14 Prozent der Betriebe ein Tarifvertrag, in der Solarbranche sind es 15 Prozent. In der Windkraftbranche hingegen können bereits 53 Prozent der Unternehmen Tarifverträge vorweisen.³⁵ Unterdurchschnittliche Löhne sind verbreitet. Die IG Metall stellt für die Windkraftbranche fest: «Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind aus der Sicht der befragten Betriebsräte nicht überdurchschnittlich attraktiv und in vielen Aspekten verbesserungsfähig. Hohe Leistungsanforderungen, begrenzte Einkommensperspektiven, notwendige, aber oft fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten und die Zunahme von Leiharbeit prägen den Alltag.»³⁶

32 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt (BMU/UBA): Umweltwirtschaftsbericht 2011. Daten und Fakten für Deutschland, www.bmu.de/fileadmin/bmuimport/files/pdfs/allgemein/application/pdf/umweltwirtschaftsbericht_2011_bf.pdf (Zugriff: Februar 2013). **33** Allerdings bleibt unklar, welche Beschäftigung als Umweltschutz definiert wird. Im Umweltwirtschaftsbericht 2011 heißt es lediglich, dass Umweltwirtschaft «als Querschnittsbranche alle Unternehmen umfasst, die Umweltschutzgüter und -dienstleistungen anbieten» (siehe BMU/UBA: Umweltwirtschaftsbericht 2011, S. 13 f.). **34** Umweltbundesamt 2012: Beschäftigung im Umweltschutz, www.umweltbundesamt.de/publikationen/fpdf-I/4307.pdf (Zugriff: Februar 2013). **35** IG Metall Vorstand: Windkraft-Industrie 2007. Aktuelle Branchentrends, Frankfurt am Main 2007. Nicht besser sieht es im Einzelhandel aus. Im Februar 2012 sagte die ver.di-Gewerkschafterin Janet Dumann dem Berliner Tip: «Ich kenne keine Biokette, die nach Tarif bezahlt. Oder die einen Betriebsrat hat.» (Siehe www.tip-berlin.de/essen-und-trinken/wie-fair-ist-bio-wirklich, Zugriff: Februar 2013.) **36** IG Metall: Windkraft-Industrie 2007.

Zweitens profitieren nicht alle ArbeitnehmerInnen von der Umstellung auf «grüne Technologien». Tendenziell ist eine Verdrängung insbesondere auf Kosten von wenig qualifizierten und älteren ArbeitnehmerInnen zu beobachten. So schreibt der Politikwissenschaftler Mario Candeias: «Für die aktuell in der Autoindustrie oder in bestimmten Bereichen der Chemie- und Energiewirtschaft Beschäftigten bedeutet ein Strukturwandel hin zu «grünen Technologien» oder erneuerbaren Energien nicht, dass sie einfach von einer Branche in die andere wechseln werden, oder dass der Umbau des Automobilsektors auf E-Autos am selben Standort stattfindet, d. h. ohne Arbeitsplatzverluste und ohne Verlagerung der Produktion in andere Länder.»³⁷ Ohne entsprechende Begleitmaßnahmen wird der Umbau nicht gerecht sein. Hier zeigt sich: Entscheidend ist, wer die Bedingungen des Umbaus bestimmt.

Drittens bleibt bei dem Versprechen der grünen Jobs außen vor, wer eigentlich über die Investitionen und die damit verbundenen Arbeitsplätze entscheidet: die Kapitaleseite. Die Beschäftigten werden in Krisenzeiten, wie aktuell in der Solarbranche,³⁸ zum Spielball der Unternehmensleitungen. Hier unterscheidet sich die *Green Economy* nicht von der althergebrachten Wirtschaft.

17

Und **viertens** übersieht das Versprechen der *green jobs*, dass auf dem Weg in eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft nicht nur bestimmte Branchen und dort die Beschäftigung wachsen müssen. Darüber hinaus muss die gesellschaftliche Arbeit – Erwerbsarbeit wie Nicht-Erwerbsarbeit – ganz grundlegend anders organisiert werden. Aktuell ist ein Trend zu schlecht bezahlten Werkverträgen ohne Sozialversicherungsleistungen, zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und zur Ersetzung von Festgehalt durch variable Lohnbestandteile zu beobachten. Dies dient dazu, die Lohnkosten der Unternehmen zu drücken und die Gewinne zu steigern. Gleichzeitig hindert die wachsende Unsicherheit viele Menschen daran, sich mit Zu-

37 Candeias, Mario: Konversion – Einstieg in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: Mario Candeias, Rainer Rilling, Bernd Röttger, Stefan Thimmel (Hrsg.): Globale Ökonomie des Autos, Hamburg 2011, S. 260. **38** So schrieb das Handelsblatt im März 2012: «Die deutsche Solarbranche sieht nach ihrem Horrorjahr 2011 kein Ende der Talfahrt. Der internationale Preiskampf und die Förderkürzungen in Deutschland blieben die Hauptprobleme der Branche. [...] Für deutsche Unternehmen ohne ausreichende Kapitalausstattung wird es schwer.» Eintrag vom 22.3.2012, www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/solarworld-mit-verlust-goetterdaemmerung-in-der-solarbranche/6359602.html (Zugriff: Februar 2013).

kunftsfragen zu befassen. Für eine tatsächlich nachhaltige Gesellschaft müssen Menschen sozial abgesichert sein, und ihre Tätigkeiten müssen einen Sinn haben. Nachhaltigkeit in diesem Sinne würde auch bedeuten, die Herrschaftsverhältnisse, die in der Arbeitsteilung einer Gesellschaft angelegt sind, infrage zu stellen – und nicht nur grüne Jobs zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sind Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und zwischen den Klassen, ethnische Spaltungen der Gesellschaft oder die Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft von Bedeutung. In einer nachhaltigen Gesellschaft sollten die notwendigen und wünschenswerten Arbeiten – Erwerbsarbeit und andere Formen der Arbeit – solidarisch und demokratisch organisiert und verrichtet werden.³⁹

5.

18 «HÖHERE EFFIZIENZ FÜHRT ZU MEHR WACHSTUM MIT WENIGER RESSOURCENVERBRAUCH»

Bedingung für die *Green Economy* und auch ihre Folge, so argumentieren ihre BefürworterInnen, ist ein effizienterer Ressourcenverbrauch. Durch verbesserte Technologien und Produktionsorganisation soll es zu einer «Effizienzrevolution» kommen: Für jeden Euro an Wirtschaftsleistung müssten immer weniger Rohstoffe verbraucht und immer weniger Schadstoffe abgegeben werden. «Entkopplung» des Wirtschaftswachstums und der Wohlstandsentwicklung vom Ressourcenverbrauch sowie der Übernutzung der Ökosysteme und CO₂-Senken lautet die Zauberformel. «Eine 80prozentige Steigerung der Ressourcenproduktivität ist nicht nur vorstellbar, sondern auch möglich», schreiben Ernst Ulrich von Weizsäcker, Karlson Hargroves und Michael Smith.⁴⁰ So soll grenzenloses Wachstum doch noch machbar werden.

³⁹ Biesecker, Adelheid/Baier, Andrea 2011: Gutes Leben braucht andere Arbeit, in: Politische Ökologie 125, S. 54–63. Leitner, Andrea/Wroblewski, Andrea/Littig, Beate (2012): Green Jobs. Diskussion von Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotentialen, Wien: Arbeiterkammer. ⁴⁰ von Weizsäcker, Ernst Ulrich et a.: Faktor Fünf, S. 235.

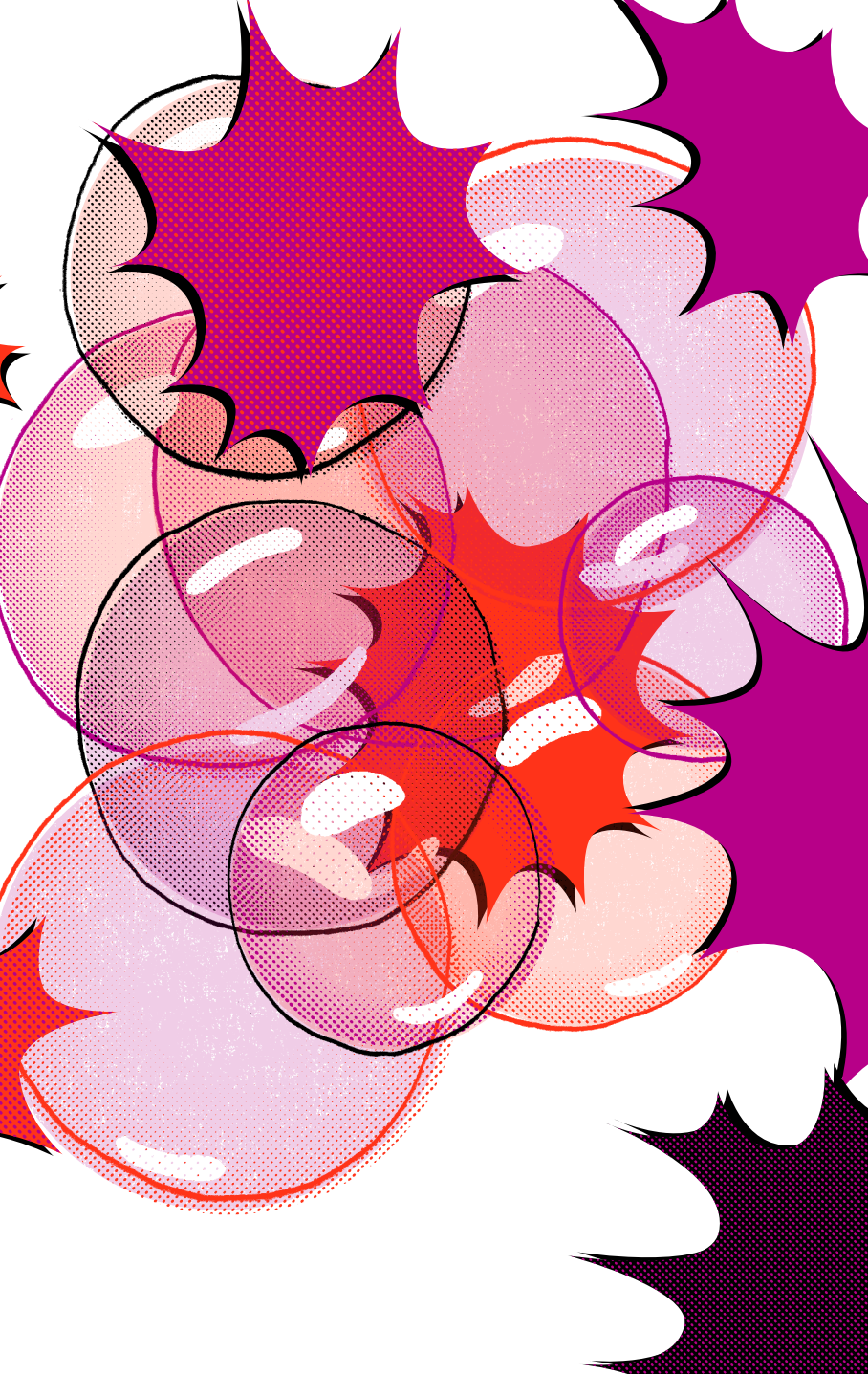
Was ist dran?

Das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln – das klingt gut. Diese Entkopplung ist jedoch kein Selbstläufer, das zeigt das Beispiel Deutschland: Hier werden pro Einheit Bruttoinlandsprodukt zwar immer weniger Ressourcen benötigt. Und auch die CO₂-Emissionen sind zwischen 1992 und 2008 stark zurückgegangen. Das liegt aber weniger an verbesserter Ressourceneffizienz, als an der De-Industrialisierung Ostdeutschlands nach 1990 sowie der Verlagerung energieintensiver Produktion ins Ausland.

Dass auch die Effizienzsteigerung nicht automatisch das Klima rettet, hat mehrere Ursachen:

Erstens wird für eine höhere Ressourcenproduktivität mit dem Argument geworben, sie spare den AnwenderInnen der neuen Techniken Kosten, zum Beispiel für Rohstoffe. Es sei davon auszugehen, «dass Länder, die die Produktivität der knappen Ressourcen erhöhen, bedeutende Konkurrenzvorteile gegenüber denen erwerben, die diese Knappheiten ignorieren.»⁴¹ Höhere Effizienz soll also die Gewinne steigern. Doch unter Umständen sind «schmutzige» Produktionsverfahren für ein Unternehmen rentabler. Läge Umweltschutz durch Effizienzsteigerung automatisch im Interesse der Unternehmen, müsste die Politik kaum so eifrig dafür werben. In der *Green Economy* bleibt der Umweltschutz durch Steigerung der Ressourcenproduktivität an das Gewinninteresse der Unternehmen gebunden. Lohnt sich das Ganze nicht, unterbleibt er. Der Umweltschutz hinkt deshalb immer hinterher – hinter dem, was technisch möglich und ökologisch notwendig wäre.

Zweitens wird damit geworben, dass jene Unternehmen Riesengewinne machen könnten, die Techniken zur Effizienzsteigerung verkaufen. Dies schaffe große Anreize, in diesen Bereich zu investieren. Im globalen Rennen um die Herstellung energiesparender Technik sind insbesondere deutsche Firmen vorne mit dabei: Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit stellt fest: «Der größte Einzelleit-



markt Energieeffizienz besitzt ein globales Volumen von knapp 540 Milliarden Euro. Bis 2020 wird nahezu eine Verdopplung auf circa 1.030 Milliarden Euro prognostiziert. Deutsche Firmen gehören insbesondere bei der Heiz- und Klimatechnik und der energieeffizienten Weißen Ware [Elektrogeräte; Anmerkung des Autors] zu den wichtigsten Produzenten weltweit; ihr Anteil am Weltmarkt liegt bei 10 Prozent beziehungsweise 15 Prozent.»⁴² Auch das Wachstum des «Leitmarktes Rohstoff- und Materialeffizienz» werde vor allem «durch die zunehmende Bedeutung der Biotechnologie getrieben. [...] Der Weltmarktanteil deutscher Unternehmen ist im Bereich Biodiesel mit über 40 Prozent schon heute ausgesprochen hoch.»⁴³ Das klingt beeindruckend. Doch gilt auch hier derselbe Einwand: Solange Umweltschutz nur eine Strategie zur Gewinnmaximierung ist, bleibt er den Launen der Märkte und den Kalkulationen der Unternehmen unterworfen. Hohe Gewinne bedeuten nicht automatisch sinnvolle Reinvestitionen in Effizienzsteigerung.

Drittens geraten die Effizienzhoffnungen auch noch an anderer Stelle in Konflikt mit dem kapitalistischen Wachstumszwang. «Es ist schlichtweg ein Irrglaube, die Tendenz des Kapitalismus zur Effizienz würde das Klima stabilisieren oder uns vor Ressourcenknappheit schützen», urteilt der britische Umweltökonom Tim Jackson in der *Berliner Zeitung* vom 7. April 2011. Zwar wurde die Produktion in der Geschichte tatsächlich immer effizienter. Doch die Wirtschaft wuchs noch stärker, sodass am Ende der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastungen zunahmen. Dieser sogenannte Rebound-Effekt führt bislang in der Regel dazu, dass Effizienzgewinne durch verstärkten Konsum «aufgefressen» werden: So werden die ressourceneffizienter produzierten Autos billiger und daher werden oft größere gekauft. «Geländewagen beziehungsweise SUV sind weiter auf dem Vormarsch (+20,6 Prozent). Jede zehnte Neuzulassung fällt mittlerweile in dieses Segment. [...] Die obere Mittelklasse machte ein Plus von 12,2 Prozent. Alle anderen Pkw-Segmente waren rückläufig», schrieb das Kraftfahrt-Bundesamt im Februar 2011 auf seiner Webseite.⁴⁴

21

Eine Steigerung der Effizienz ist natürlich dennoch notwendig. Doch ist sie nur die halbe Miete. Bleiben wir beim Beispiel Auto: Für echten Umweltschutz wären hier weiter gehende gesellschaftspolitische Entscheidungen nötig. Zum Beispiel ein grundlegender Umbau des Verkehrssystems. Stattdessen erleben wir weltweit einen Ausbau der Straßeninfrastruktur für Individual- und Güterverkehr und in vielen Ländern sogar einen Rückbau des Schienennetzes. Mit dem Straßennetz wächst auch der Verlehr, das zeigt ein Blick auf die Zahl der produzierten Autos. Im Jahr 2011 wurden weltweit beinahe 60 Millionen Pkw produziert; 2001 waren es noch weniger als 40 Millionen gewesen.⁴⁵ Die Prognosen gehen davon aus, dass der globale Automobilbestand von heute gut einer Milliarde Autos sich bis 2030 auf 1,6 Milliarden erhöhen wird. Das ist katastrophal für die Umwelt – aber lukrativ für den deutschen Wirtschaftsstandort. Denn in Deutschland, schreibt der Wirtschaftsjournalist Stephan Kaufmann, ist «der Automobilbau die wichtigste oder (im Wechselspiel mit dem Maschinenbau) zweitwichtigste deutsche Industriebranche bei den Anlageinvestitionen, bei den Ex-/Importen, bei den Direktinvestitionen, bei Wertschöpfung, Forschung und Entwicklung sowie bei der Beschäftigung.»⁴⁶

Es stellt sich daher die Frage, wie Effizienzgewinne erreicht werden, die nicht nur zu einer *relativen* Entkopplung von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch führen, sondern zu einer *absoluten* Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Dazu reichen die herkömmlichen politischen Instrumente, die den Wachstumszwang nicht bremsen, offensichtlich nicht aus. Die gerade von grünen Parteien erhofften Wirkungen einer «Entkopplung» sind «eher Wunschdenken als eine realistische Einschätzung der Lage», so Tim Jackson.⁴⁷ Deshalb sollten die Effizienzperspektiven hinterfragt und die vielen konkreten Möglichkeiten der Suffizienz gestärkt werden.⁴⁸

45 International Organization of Motor Vehicle Manufacturers (OICA): Production Statistics, oica.net/category/production-statistics (Zugriff: Februar 2013). **46** Kaufmann, Stephan: Globale Ökonomie des Autos, in: Mario Candeias et al. (Hrsg.): Globale Ökonomie des Autos, Hamburg 2011, S. 20. **47** Vgl. ec.europa.eu/environment/etap/inaction/interviews/725_de.html (Zugriff: Februar 2013). **48** Vgl. von Winterfeld, Uta: Vom Recht auf Suffizienz, in: Rätz, Werner et al. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg 2011, S. 57–65.

«EIN STARKER STAAT IST GUT FÜR DEN UMWELTSCHUTZ UND DIE NACHHALTIGKEIT»

Zum einen behauptet das Argument von der «Versöhnung von Ökonomie und Ökologie», Umweltschutz läge im Interesse der Unternehmen. Gleichzeitig ist vielen inzwischen klar: Bei der unternehmerischen Kalkulation hat die Natur häufig das Nachsehen. Oder anders: Auf die unternehmerische Kalkulation allein ist kein Verlass. Wie wir gesehen haben, bleibt Wachstum auch in der *Green Economy* die Basis der Wirtschaftspolitik. Um die ökologischen Folgen des Wachstums abzuschwächen, so fordern manche BefürworterInnen, soll der Staat nun strenge Regeln setzen. Zudem soll er Eigentumsrechte an der Natur schaffen oder sichern, damit die Unternehmen planen und kalkulieren können. Denn, so das Argument, nur wenn Regeln für alle Unternehmen gelten, entstehen jenen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile, die ökologisch produzieren. Zum anderen werden die Unternehmen durch entsprechende Vorgaben technologisch besser und konkurrenzfähiger. Prominente WissenschaftlerInnen wie Ernst Ulrich von Weizsäcker verlangen: «Wir betonen, dass der Markt den zielstrebigsten Übergang zu einer ressourceneffizienten und nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft nicht herbeiführen kann, dass es also kräftiger staatlicher Mitwirkung bedarf.»⁴⁹

23

Zugleich gilt der einzelne Nationalstaat heute in vielen Bereichen als machtlos für effektive Umwelt- und Ressourcenschutzpolitiken. Die globalen Gemeingüter – allen voran ein stabiles Klima – würden auch deshalb übernutzt, weil es zu viele Trittbrettfahrer gebe. So zögen manche Staaten Vorteile aus der Nutzung der Gemeingüter, ohne für deren Schutz aufzukommen. Viele Probleme seien daher von globaler Dimension und müssten auch global gelöst werden, also durch internationale Kooperation. Verstärkte internationale Abkommen seien wichtig, um verbindliche Regeln festzulegen.

Einerseits wird also vom Staat erwartet, die richtigen Rahmenbedingungen für eine *Green Economy* zu setzen, andererseits wird angezweifelt, dass dies auf nationalstaatlicher Ebene sinnvoll oder möglich ist.

Was ist dran?

In der Tat sind staatliche Regelsetzungen (und finanzielle Ressourcen) wichtig, um Unternehmen und Beschäftigten, Forschungsinstitutionen, Verbänden und der Öffentlichkeit sowie den VerbraucherInnen Orientierung, Planungssicherheit und gegebenenfalls konkrete Unterstützung zu bieten. Internationale Abkommen, etwa im Bereich der Klimapolitik, verhindern nicht nur Trittbrettfahrerei, sie verstärken auch Lernprozesse: Andere Länder können sich an den innovativsten Staaten, den Vorreitern in Sachen Nachhaltigkeit, orientieren. Dennoch gibt es Nachfragen bzw. Einwände.

Zum Beispiel zum «starken Staat»: In den Vorschlägen für eine *Green Economy* wird oft übersehen, dass der Staat seine Regeln nicht aus einer neutralen Position heraus formuliert. Im Staat spiegeln sich die Machtverhältnisse und Strukturprinzipien einer Gesellschaft. Deutlich zeigt sich dies an den Subventionen für nicht-nachhaltige Wirtschaftssektoren, die machtvoll gestützt werden. So flossen die Konjunkturprogramme während der Krise nicht per se in «grüne» Bereiche, sondern wirkten eher strukturkonservativ – Stichwort Abwrackprämie in Deutschland. Der Staat agierte hier nicht als Sachverwalter einer *Green Economy*, sondern im Sinne der Unternehmen und Beschäftigten in den traditionellen, starken Branchen. In liberalen Demokratien mit Parteienkonkurrenz ist Politik außerdem strukturell kurzfristig orientiert, nämlich an Wahlen. Das erschwert längerfristige Orientierungen.

Der stärkste Staat trägt nichts zur Nachhaltigkeit bei, wenn er seine Stärke nicht zum Wohle der Menschen und der Umwelt einsetzt, sondern allein auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zielt. Dies jedoch ist immer häufiger der Fall: In den letzten Jahrzehnten haben sich Wohlfahrtsstaaten in «nationale Wettbewerbsstaaten» (Joachim Hirsch) verwandelt, deren Hauptanliegen darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der «eigenen» Unternehmen in der globalen Konkurrenz der Standorte zu sichern. Ähnliches gilt für regionale Politiken wie etwa die der Eu-

ropäischen Union. Die EU hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2020 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu werden. Angesichts zunehmender Ressourcenknappheit und -konkurrenz haben Staaten – und regionale Zusammenschlüsse wie die EU – es sich zum Ziel gesetzt, den Zugang zu bestimmten Ressourcen sicherzustellen. Und ein globaler «Krieg um Ressourcen» ist keineswegs gleichbedeutend mit einem schonenden Umgang mit Mensch und Natur.

Auch die Hoffnung auf internationale Abkommen ist trügerisch. Auf dem internationalen Parkett gibt es erst einmal wenig miteinander, hier treten die Länder als nationale «Wettbewerbsstaaten» gegeneinander an. Dementsprechend schwierig sind Einigungen zum Schutz der Umwelt zu erzielen. Insbesondere die internationale Klimapolitik droht daran zu scheitern, dass es international nur wenige Gemeinsamkeiten gibt. Die Länder des Globalen Südens und insbesondere die Schwellenländer pochen darauf, ihre Emissionen steigern zu dürfen, weil die Erderwärmung vor allem von den Industrieländern erzeugt worden ist. Die Staaten des Nordens üben ihrerseits Kritik an den «schmutzigen Industrien im Süden». Und alle stellen den Schutz der Umwelt unter den Vorbehalt, dass er nicht das Wirtschaftswachstum schädigen darf. Folge: Statt auf internationalen Konferenzen gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, kämpfen die Staaten dort um die Verteilung von Kosten und Erträgen des Klimaschutzes.

Fazit: Natürlich sind der Staat und die internationale Politik wichtig für den Weg zu einer solidarischen und nachhaltigen Produktions- und Lebensweise. Doch ist der Staat kein neutraler Akteur. Bislang stützt der deutsche Staat – bei allen sinnvollen Politiken im Einzelnen – vor allem die gar nicht nachhaltigen Renditeinteressen der Unternehmen. Der junge Begriff der «Rohstoffdiplomatie» überdeckt die offen imperialen Ambitionen der deutschen und europäischen Politik. Damit sich Notwendigkeiten und Bedürfnissen wirklich an Mensch und Umwelt orientieren, müssen sich die Kräfteverhältnisse und Orientierungen in der Gesellschaft verändern.

«UNTERNEHMEN SIND DIE MOTOREN DER GREEN ECONOMY»

In der Modellwelt der neoklassischen Ökonomie und der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin gibt es in der «Wirtschaft» zwei Akteure: Unternehmen und KonsumentInnen (oder private Haushalte). Ihnen gibt der Staat Regeln vor, beispielsweise in Hinblick auf Wettbewerb oder Umwelt- und Sozialstandards. In dieser Welt sind die Unternehmen die eigentlichen Motoren gesellschaftlicher Innovation. Das ist im Modell der *Green Economy* nicht anders. Unter dem Druck der Konkurrenz mit anderen Unternehmen und der Nachfrage nach bestimmten Produkten durch die KonsumentInnen, aber auch aufgrund politischer Rahmenbedingungen handeln sie mehr oder weniger nachhaltig.

Was ist dran?

26

Ohne Unternehmen gibt es in der kapitalistischen Marktwirtschaft keinen Umweltschutz und keine nachhaltige Naturnutzung, das ist klar. Es entstehen neue Unternehmen in Branchen wie Solar- und Windenergie. Die großen Energiekonzerne fördern die Forschung und die Entwicklung von ressourcenschonenderen Technologien und Produkten. Unternehmen reagieren auch auf das veränderte Verhalten der KonsumentInnen. Allerdings spielen Unternehmen zunächst eine ganz entscheidende Rolle bei der nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweise und verhindern dementsprechend auch Alternativen. Denn insbesondere die privaten Unternehmen müssen, bei Strafe ihres Untergangs in der kapitalistischen Konkurrenz und angesichts der Interessen der AnteilseignerInnen, Gewinne machen. Das Diktat der Rentabilität erlaubt ihnen häufig keine teure, umweltschonende Produktion. Man sollte daher nicht zu viel von ihnen erwarten.

Dies wird am Beispiel von British Petroleum (BP) deutlich: Der drittgrößte Ölkonzern der Welt bemüht sich seit über einem Jahrzehnt um ein umweltbewusstes Image. An der Geschäftspolitik aber änderte sich wenig. Für 45 Millionen Dollar kaufte BP 1999 die Fotovoltaikfirma Solarex und nannte sich fortan das «weltgrößte Solarunternehmen». Die grüne Imagekampagne

für das Projekt kostete mehr als das Vierfache. Insgesamt steckte das Unternehmen zwischen 2005 und 2009 in seine Sparte «Alternative Energien» rund 2,9 Milliarden Dollar. Diese Summe entspricht aber nur 4,2 Prozent der Gesamtinvestitionen jener Jahre. «Was BP bislang pro Tag an erneuerbaren Energien erzeugt, ist weniger als ein Zehntel eines Prozents seiner Öl- und Gasproduktion», zitierte *die tageszeitung* einen Bericht des *Wall Street Journals*.⁵⁰ Im selben Zeitraum begann der Konzern auch mit dem besonders umweltschädlichen Ölsandabbau in Kanada. Durch die Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko im Jahr 2010 hat das Unternehmen wohl die Glaubwürdigkeit seiner ökologischen Ambitionen vollkommen verloren.

Die nicht-nachhaltigen Interessen der Unternehmen wirken auch in die Gesellschaft zurück. Große Unternehmen und Unternehmensverbände reagieren nicht einfach auf die Wünsche der KonsumentInnen, sondern gestalten diese aktiv mit. Produktentwicklung und Marketing wiederum folgen dem Diktum der Rentabilität. Über neue Produkte wird nicht in einem wirtschaftsdemokratischen Prozess entschieden, weder die Beschäftigten noch andere gesellschaftliche Gruppen haben mitzureden. Im Gegenteil: Wo es noch gesellschaftliche Mitbestimmung an der Produktion von Gütern und Lebensmitteln gibt, machen Unternehmen diese häufig zunichte. Die Fixierung auf Privatunternehmen ist auch eine groß angelegte Privatisierungsoffensive. Der Gentechnik-Konzern Monsanto beispielsweise versucht seit über 15 Jahren zu verhindern, dass BäuerInnen ihr eigenes Saatgut zurückbehalten. Für Monsanto und andere Giganten der Saatgutindustrie sind die Zielmärkte gerade solche Regionen im Globalen Süden, wo bäuerliche Gemeinschaften ihr Saatgut selbst bereitstellen.

Und schließlich reagieren die Unternehmen auch nicht einfach auf die vom Staat gesetzten Regeln, sondern üben aufgrund ihrer ökonomischen Macht erheblichen politischen Einfluss aus. Kurz: Unternehmen sind wichtig für den Umweltschutz und für eine nachhaltige Ressourcennutzung. Um sich aber nicht alleine am Gewinnprinzip des Managements und der Eigentüme-

rlInnen, der Banken und der VermögensbesitzerInnen zu orientieren, sind neben politisch gesetzten Regeln auch eine strenge gesellschaftliche Kontrolle sowie ökologisch sensible Belegschaften nötig, die an grundlegenden Unternehmensentscheidungen beteiligt werden. Ebenso wichtig sind bewusste VerbraucherInnen und eine breite gesellschaftliche Öffentlichkeit, die Unternehmen kritisiert und Alternativen diskutiert, kurz: eine umfassende «Produktionsöffentlichkeit».

8.

«GRÜNES GELD FÖRDERT DIE GRÜNE WIRTSCHAFT»

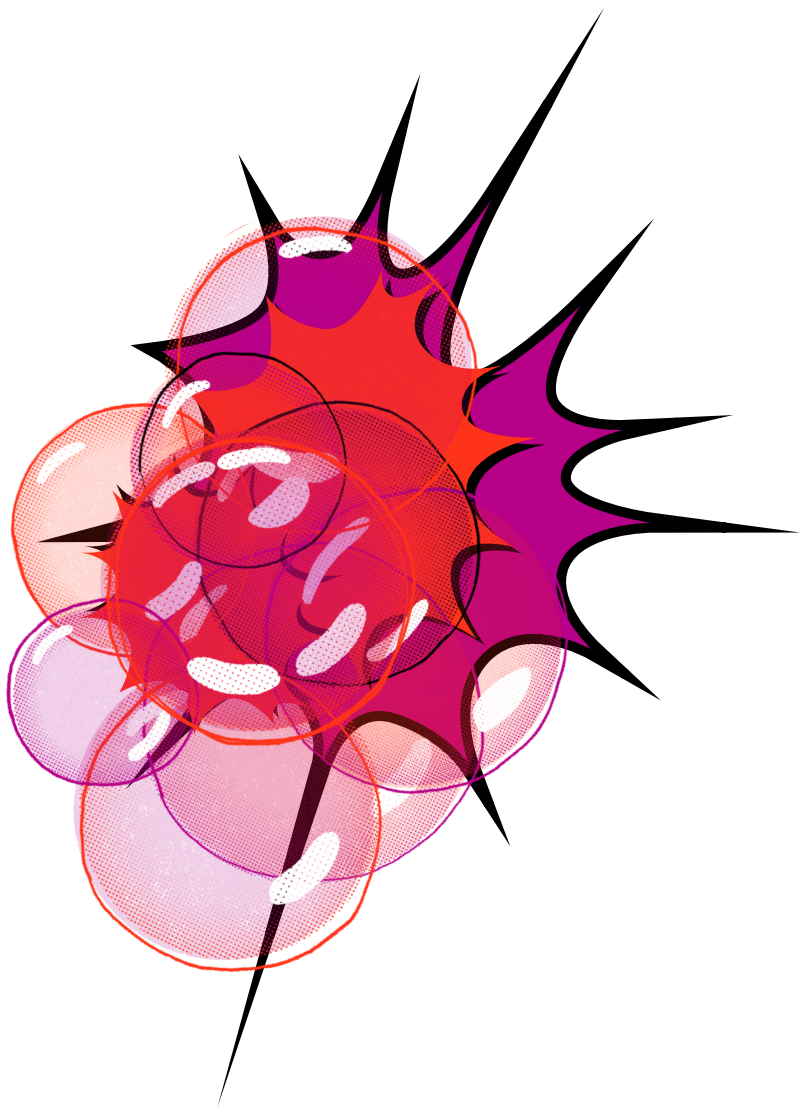
In der *Green Economy* soll Kapital aus den «schmutzigen» Sektoren in die «grünen» Bereiche gelenkt werden.⁵¹ Dafür sind gewaltige Investitionen in den Bereichen Energie und Infrastruktur, bei der Entwicklung nachhaltiger Industriegüter und in der Landwirtschaft nötig. Das Geld dafür sollen Banken und Investmentfonds bereitstellen – per Kredit oder durch eigene Projekte. Neben den sinnvollen Investitionen in erneuerbare Energien und Gebäudesanierung sollen sie Land kaufen für den Anbau von Pflanzen wie Ölpalmen, Zuckerrohr, Soja oder Mais für Agartreibstoffe. Sie sollen das gigantische Solarprojekt Desertec (Schätzungen belaufen sich auf ein Investitionsvolumen von 400 Milliarden Euro).⁵² Wasserkraftwerke, Staudämme oder Hochspannungstrassen durch Europa finanzieren.

28

Was ist dran?

In der Tat scheint Investitionskapital zunehmend in neue Bereiche zu gehen.⁵³ Diese Entwicklung muss jedoch im Lichte der Finanzialisierung der Wirtschaft betrachtet werden, die seit den 1980er Jahren zunimmt. Der Begriff der Finanzialisierung bezeichnet nicht nur die Zunahme der Spekulation, sondern allgemeiner «die wachsende Rolle finanzieller Motive, der Finanz-

51 UNEP: Towards a Green Economy. 52 Vgl. den Artikel von Andreas Wildenhagen in der Wirtschaftswoche vom 24.1.2012, www.wiwo.de/unternehmen/energie/erneuerbare-energie-desertec-holt-die-sonne-aus-tunesien/6106178.html (Zugriff: Februar 2013). 53 Zeller, Christian: Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals, in: Falko Schmieder (Hrsg.): Zur Kritik der politischen Ökologie. Bern/Berlin 2010, S. 103 ff.



märkte, der Finanzakteure und -institutionen»⁵⁴ in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Das Anlage suchende Finanzkapital ist im Zuge der Deregulierung des Finanzsektors stark gewachsen. Neue Finanzprodukte wurden eingeführt, die Altersvorsorge (teil-)privatisiert. Die gestiegenen Gewinne vieler Unternehmen, die gewachsenen privaten Vermögen und die riesigen Außenhandelsüberschüsse der Schwellenländer – all diese Summen suchen nach rentablen Anlagemöglichkeiten.

Die Finanzialisierung betrifft auch die Bereiche Ressourcen und Ökologie. Kapital wird vermehrt in Rohstoff- und Energieunternehmen sowie an Warenterminbörsen angelegt, und zwar auch von als konservativ geltenden InvestorInnen wie Pensionsfonds, Lebensversicherungen und Stiftungen.⁵⁵ «Zwischen 2003 und 2008 beispielsweise steigerten die institutionellen Kapitalanleger ihre Investitionen in die Rohstoffmärkte von 13 Milliarden EUR im Jahr 2003 auf 170–205 Milliarden EUR im Jahr 2008», schreibt die EU-Kommission.⁵⁶ Auch der Emissionshandel ist eine Anlagesphäre. Die Weltbank schätzte den absoluten Wert des globalen Karbonmarkts im Jahr 2011 auf 142 Milliarden US-Dollar.

Nicht nur die Ökonomie der «alten» Ressourcen, sondern auch die *Green Economy* scheint also ein gutes Geschäft für Investmentkapital zu sein. Die wachsende Macht des Finanzkapitals wird in Zukunft verstärkt die Frage aufwerfen, ob die Politik die Wirtschaft steuert oder ob es nicht eher die Märkte sind, die sich der Politik bedienen, um eigene Interessen durchzusetzen. Zudem drängt der mächtige Trend der Finanzialisierung der Natur Alternativen an den Rand: Wenn Kapital in den Kauf von Land fließt, damit Pflanzen für «saubere» Agrartreibstoffe angebaut werden können, haben es KleinbäuerInnen schwer, sich zu behaupten. Die StrategInnen der *Green Economy* müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass das nach Verwertungsmöglichkeiten suchende Kapital ökonomische und gesellschaftliche Macht ausübt. Es strebt in den meisten Fällen nach hoher Rendite und nicht danach, die enormen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu bearbeiten.

54 Epstein, Gerald A.: *Financialization and the World Economy*, London 2005, S. 3. 55 Vgl. Schneeweiß, Antje: *Spekulation im Schatten. Nachhaltigkeit und Investitionen in Rohstoffe*, Siegburg 2011. 56 EU Commission: *Sustainable Industry: Going for Growth & Resource Efficiency*, Brussels 2011, S. 3.

In einer jüngst von BUND und der NGO Sandbag veröffentlichten Studie zur Klimapolitik wird gezeigt, «dass der Emissionshandel keineswegs zu höheren Kosten für die Industrie geführt hat, sondern im Gegenteil zu einem «Goldesel» mutiert ist – er hat ihnen große Überschüsse an Verschmutzungsrechten beschert, die die Betriebe gewinnbringend verkaufen konnten oder die sie vor künftig anfallenden CO₂-Kosten schützen.»⁵⁷ Es wurden dafür Unternehmen untersucht, die in Deutschland produzieren. Sie haben «durch den Emissionshandel Gewinnmöglichkeiten in Höhe von insgesamt bis zu 1,2 Milliarden Euro erhalten».

Das weltweit größte Stahlunternehmen ArcelorMittal hat im Jahr 2012 220 Millionen US-Dollar mit dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten verdient im Vergleich zu 93 Millionen US-Dollar im Jahr 2011 und das, trotz des Preisverfalls.⁵⁸ Ein anderes Beispiel sind die rechtskräftigen Urteile gegen MitarbeiterInnen der Deutschen Bank. Das Umsatzsteuerkarussell hat die SteuerzahlerInnen mehr als 5 Milliarden Euro in Form von entgangenen Steuereinnahmen gekostet.

9.

«DEUTSCHLAND KANN SEINE STELLUNG ALS WELTMARKTFÜHRER BEI GRÜNEN TECHNOLOGIEN AUSBAUEN»

Das Bundesumweltministerium stellt fest, dass deutsche Unternehmen, die im Bereich der Umwelttechnik aktiv sind, derzeit Weltmarktanteile zwischen sechs und 30 Prozent innehaben und diese wahrscheinlich sogar noch ausbauen werden: «Weltweit konnten 2007 im Leitmarkt Umweltfreundliche Energien und Energiespeicherung circa 155 Milliarden Euro Umsatz erzielt werden und somit knapp 40 Prozent mehr als noch 2006 prognostiziert. Bis 2020 wird der Markt auf rund 615 Milliarden Euro wachsen. Deutsche Unternehmen haben hervorragende

⁵⁷ Morris, Damien – BUND/Sandbag: Der Klimagoldesel 2013. Die größten Profiteure des Emissionshandels in Deutschland; http://www.bund.net/themen_und_projekte/klima_energie/emissionshandel/studie_klimagoldesel/; vgl. auch FERN – Kill, J./Ozinga, S./Pavett, S./Wainwright, R.: Trading carbon: How it works and why it is controversial. Brüssel u. a. 2010. ⁵⁸ Vgl. <http://www.pointcarbon.com/news/1.2172009>; vgl. auch WWF: EU ETS Phase II – The potential and scale of windfall profits in the power sector. 2008.

Voraussetzungen, um von diesen großen Marktpotenzialen bis 2020 zu profitieren.»⁵⁹

Was ist dran?

Nicht nur für ein Land wie Deutschland mit seiner starken Industrie ist die Entwicklung von Umwelttechnologien wichtig und wünschenswert. Die Idee der *Green Economy* besteht darin, das Prinzip der Weltmarkt- und Innovationskonkurrenz zu begrünen und durch staatliche Politiken zu unterstützen.

Allerdings müsste **erstens** genauer gefragt werden, von welchen Produkten hier überhaupt die Rede ist? Sind diese wirklich Mittel auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft, oder dienen sie nur dem «Greenwashing» der Hersteller, schmücken sich also mit einem grünen Image, ohne ökologisch nachhaltig zu sein? Elektromotoren etwa werden mitunter der *Green Economy* zugerechnet, obwohl sie das Prinzip der Auto-Mobilität nicht infrage stellen. Offshore-Windanlagen, welche die Monopole der großen Stromkonzerne zementieren und teils katastrophale ökologische Folgen haben, sind ein weiteres Beispiel.

Zweitens sehen wir derzeit in einem zentralen Bereich des Energiesektors, der Solarbranche, dass sich die Produktion von Solarenergiemodulen trotz deutscher Hightechindustrien zunehmend nach China verlagert. Der Grund: Dort ist die Produktion günstiger. Es geht also offenbar nicht nur um Technologien, sondern auch um Lohnhöhe und die Verfügbarkeit von Ressourcen. Dass China Deutschland hier den Rang abläuft, wird häufig als Niederlage Deutschlands gedeutet. Im Sinne des Klimaschutzes allerdings wäre es egal, aus welchem Land die Solarmodule kommen. Der deutschen Politik geht es offensichtlich weniger um den Klimaschutz als um deutsche Export-erfolge.

Drittens sollte beim Lob der Wettbewerbsfähigkeit nicht vergessen werden, dass Wettbewerb nicht nur Innovationen produziert. Bei jedem Wettbewerb gibt es auch VerliererInnen. Viele Menschen in weniger innovationsstarken Ländern werden

in den Status von Ressourcenlieferanten für die GreenTech-Industrie von Ländern wie Deutschland gedrängt. Sie bleiben arm und verharren in Abhängigkeit. Das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften, das sehen wir aktuell in Europa, führt zu Krisen und zur Entwertung produktiver Strukturen, zu Arbeitslosigkeit und Armut. Hinter der Rede von der «technologischen Führerschaft» steht das Streben nach globaler Dominanz. Der Umweltschutz soll in den Dienst der deutschen bzw. europäischen Führungsrolle gestellt werden – nicht umgekehrt.

Viertens: So wichtig die Entwicklung neuer Technologien ist, unter Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz bleiben sie ein zentraler Faktor der Konkurrenzfähigkeit ihrer Unternehmen oder Länder. Das steht ihrer kooperativen Weitergabe im Wege. Für den Umweltschutz wäre es am besten, alle Länder verfügten über die jeweils sauberste Technologie. Doch die Technologie, ihr Preis und möglicherweise das Monopol darüber sind selbst Teil des globalen Wettbewerbs, sie sollen profitabel eingesetzt werden. Die ökonomisch Mächtigen und ihre politischen VertreterInnen bevorzugen tendenziell große und kapitalintensive Technologien, die sie kontrollieren können. Sie behindern vielfach sanfte und lokal angepasste Technologien und nicht-technologische Orientierungen wie jene an Suffizienz, an denen deutsche ExporteurInnen kaum verdienen.

Fünftens sind zur Produktion von Hochtechnologien oft seltene oder selten werdende Rohstoffe nötig. Das verschärft die geökonomische und geopolitische Konkurrenz um Ressourcen, was wiederum zu Konflikten führen kann. Das jüngste Rohstoffabkommen Deutschlands mit Kasachstan zeigt, dass zur Förderung der deutschen Technologieführerschaft auch die Kooperation mit autoritären Regierungen recht ist.

«VERBRAUCHERMACHT ZWINGT UNTERNEHMEN ZUM UMWELTSCHUTZ»

In vielen Beiträgen zur *Green Economy* wird darauf hingewiesen, dass es in der Gesellschaft längst einen Wertewandel hin zu ökologischen Produkten und Lebensweisen gebe. Daran wolle man anknüpfen. Auch der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sieht in den sich herausbildenden «postmateriellen Werten»⁶⁰ eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Wirtschaft. Die VerbraucherInnen sollten die Unternehmen mit der Macht ihrer Kaufentscheidungen zur Produktion «sauberer» Produkte zwingen. Stichwort «Konsumentensouveränität».

Was ist dran?

34

Individuelles Handeln, Verantwortung und damit verbundene Lernprozesse sind wichtig. Das betrifft auch die Entscheidungen darüber, was konsumiert wird. Brauche ich immer das neueste Mobiltelefon? Wie häufig sind Flugreisen notwendig? Aber:

Bevor die Macht der VerbraucherInnen gefeiert wird, bleibt **erstens** festzuhalten: In der kapitalistischen Ökonomie bestimmen die Unternehmen über Forschung und Entwicklung, über Produkte und Produktionsverfahren. Unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen etwa ein Mobiltelefon produziert wird und aus welchen Bestandteilen es montiert wird, entscheiden die Unternehmen.

Das den VerbraucherInnen vorliegende Gut ist **zweitens** oft das Ergebnis einer langen Produktionskette mit vielen Zulieferfirmen, die sich um den ganzen Globus spannt. Wie nachhaltig die einzelnen Glieder dieser Kette produzieren, können die KonsumentInnen kaum überblicken, und in der Regel gibt es hierüber keine oder wenig Informationen. Eingeschränkt wird die Verbrauchermacht auch dadurch, dass Unternehmen ver-

suchen, ihren Produkten einen «grünen» Anstrich zu geben – oft zu Unrecht, wie nicht nur die vielen Lebensmittelkandale belegen.

Drittens wird verantwortungsvoller Konsum oft gleichgesetzt mit Verzicht. Warum? Einerseits weil sich unsere Gesellschaft inzwischen an den massenhaften Konsum ständig neuer Produkte gewöhnt hat. Hinterfragt man diese Konsummechanismen, erscheint dies als Attacke auf die Freiheit der KonsumentInnen – obwohl man darin ebenso gut den erholsamen Verzicht auf Wohlstandsballast und Reizüberflutung sehen könnte. Andererseits sind nachhaltig produzierte und haltbare Güter oftmals schlichtweg teurer. Sie überfordern die Finanzen vieler KonsumentInnen. Die Macht der VerbraucherInnen bestimmt also weitgehend der Inhalt ihres Geldbeutels. Wer mehr Geld hat, kann ökologisch produzierte Produkte kaufen. Arme Menschen müssen verzichten. Ein Ausweg wären höhere Löhne. Aber die könnten ja die «Wettbewerbsfähigkeit» des Wirtschaftsstandorts gefährden.

35

Viertens können die VerbraucherInnen nicht immer wählen. Wenn etwa die lokale Bahnverbindung ihren Dienst einstellt, müssen die Betroffenen aufs Auto umsteigen. Wenn der Arbeitsalltag sich verdichtet, bleibt weniger Zeit, um sich Essen zuzubereiten. Wenn die industriell produzierten und aufwändig verpackten Lebensmittel billiger sind, haben arme BürgerInnen deutlich weniger Auswahl als andere.

Eine sozial-ökologische Transformation bedeutet eine andere Verteilung, andere Produktions- und Lebensweisen. Das ist aber viel mehr als das Hochjubeln der VerbraucherInnen zum selbstbestimmten «König Kunde».⁶¹

61 Grunwald, Armin: Ende einer Illusion, Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann, München 2012.

«DIE GREEN ECONOMY BIETET DEM SÜDEN ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN»

Eine *Green Economy* ist dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zufolge nicht nur ein Mittel gegen Klimawandel und Energieunsicherheit, sondern weist Ländern des Globalen Südens auch den Weg aus der Armut. Sie reduziere den Ausstoß von CO₂, fördere Ressourcen- und Energieeffizienz und dämme die Umweltzerstörung ein. Wenn Wirtschaftswachstum und Investitionen nicht mehr zulasten der Umwelt gingen, dann könnten reiche und arme Länder zugleich mehr nachhaltige Entwicklung erzielen.⁶² So zumindest die Hoffnung.

Was ist dran?

Selbst die MitarbeiterInnen des UNEP ahnen, dass es so einfach nicht ist.⁶³ **Erstens:** Tatsächlich hat der Aufschwung in vielen Ländern des Südens Millionen Menschen aus der Armut befreit. Doch basiert auch das beeindruckende Wirtschaftswachstum des Südens auf nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen, nämlich auf einer nachholenden Industrialisierung. China zum Beispiel erzielt enorme Wachstumsraten ja gerade dadurch, dass das Land zu geringen Löhnen und häufig unter ökologisch schlechten Bedingungen produziert – das betrifft übrigens auch die Produktion von Solarpanelen für die *Green Economy*.⁶⁴

Zweitens: Seit den Strukturanpassungen der 1980er Jahre sind viele afrikanische und lateinamerikanische Länder auf den Status von Rohstofflieferanten des Nordens verwiesen (man spricht in diesem Zusammenhang auch von «Extraktivismus»). Das ändert sich auch in der *Green Economy* nicht, die ebenfalls Ressourcen benötigt, etwa «nachhaltige» Agrartreibstoffe aus Mais, Soja oder Palmöl. Zudem ermöglicht der Extraktivismus, der zuvorderst Länder des Globalen Südens betrifft, im Globalen Norden die Fortführung einer nicht-nachhaltigen Lebensweise.

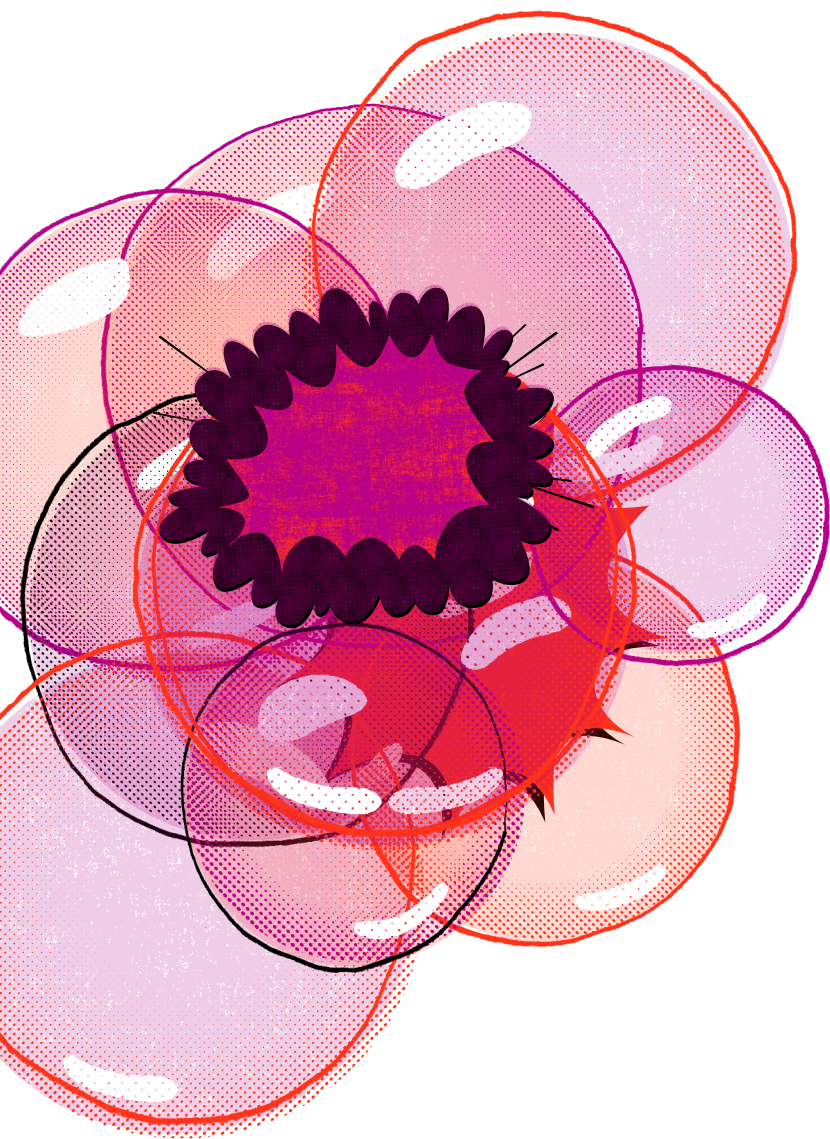
62 UNEP: Towards a Green Economy, S. 16. 63 Ebenda. 64 Blume, Jutta/Greger, Nika/Pomrehn, Wolfgang: Oben hui, unten pfui? Rohstoffe für die «grüne» Wirtschaft: Bedarfe – Probleme – Handlungsoptionen für Wirtschaft, Politik & Zivilgesellschaft, Berlin 2011.

Drittens führt Rohstoffproduktion historisch und aktuell immer wieder zu schweren Konflikten. So werden etwa in der Volksrepublik Kongo viele Rohstoffe wie Coltan, das für die Elektronik in Mobiltelefonen und Laptops gebraucht wird, illegal abgebaut und dienen zur Finanzierung blutiger Kriege. Da auch in einer *Green Economy* der Bedarf an diesen Rohstoffen weiter bestehen wird, wird es auch weiterhin konfliktreiche Ressourcenausbeutung geben.

Viertens: Von der Rohstoffförderung profitieren in den Förderstaaten vor allem die schmalen Mittel- und Oberschichten. Die lokale Bevölkerung dagegen hat meist wenig von der Ausbeutung der Ressourcen, muss aber in der Regel die negativen ökologischen Konsequenzen maßgeblich tragen. Die Folge: Trotz aller Errungenschaften in den Schwellenländern in den Bereichen Gesundheit und Bildung nimmt die soziale Ungleichheit global zu.⁶⁵ Und wachsende soziale Ungleichheit fördert nicht-ökologisches Handeln. Dies zeigt: Die Produktion von mehr Rohstoffen für «grüne» Branchen befreit den Globalen Süden nicht automatisch aus seiner Misere. VertreterInnen von Südländern warnen davor, dass die Strategien der *Green Economy* hinter den Anspruch der Konferenz von Rio 1992 zurückfallen, Entwicklungsfragen als Verknüpfung ökonomischer, sozialer und ökologischer Perspektiven zu sehen. Es bestehe die Gefahr, dass bei den Vorschlägen der *Green Economy* Verteilungsfragen außen vor blieben. Länder des Nordens können zudem mit Verweis auf Umweltstandards Handelsschranken gegen den Süden rechtfertigen und gleichzeitig in den Südländern die Öffnung der Märkte für «saubere Technologien» erzwingen. Und schließlich lässt die große staatliche Unterstützung für Forschung und Entwicklung im Globalen Norden die technologische Kluft zwischen Nord und Süd weiter wachsen.⁶⁶

Die schwächeren Regionen und Länder aus ihrer Abhängigkeit befreien und alternative Produktionsweisen stärken – diese zentralen Aspekte lässt die *Green Economy* außen vor. Stattdessen

⁶⁵ Vgl. United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 2011, hdr.undp.org/en/media/HDR_2011_EN_Complete.pdf (Zugriff: Februar 2013), S. 28. ⁶⁶ Vgl. Khor, Martin: Risks and Uses of the Green Economy Concept in the Context of Sustainable Development, Poverty and Equity, Genf 2011. Kritisch: Unmüßig, Barbara: Grüne Ökonomie – neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20-Konferenz, in: Vereinte Nationen 1/2012, S. 3–9.



suggeriert das Konzept, man könne tatsächliche Nachhaltigkeit mit ökologischem und sozialem Ausgleich allein durch einen «grünen» Wirtschaftsschwerpunkt erreichen. Dies funktioniert aber nur über eine stärkere demokratische Gestaltung des Weltmarktes und der Weltpolitik.

12.

«GREEN ECONOMY BEKÄMPFT ARMUT»

In den offiziellen Stellungnahmen der Vereinten Nationen ist stets von einer *Green Economy* «im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung» die Rede. «Umweltzerstörung und Armut können durch die Anwendung grüner Landwirtschaftsmethoden gleichzeitig angegangen werden.»⁶⁷ Bedeutsam seien nachhaltige Forstwirtschaft und ökologische Landwirtschaft insbesondere für die Subsistenzlandwirtschaft, von der der Lebensunterhalt von 1,3 Milliarden Menschen abhängt.⁶⁸

39

Was ist dran?

Auch hier gibt es ein Problem. Denn die Gründe für Armut bestehen auch in der *Green Economy* weiter: ungleicher Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsdienstleistungen, ungleiche Einkommensmöglichkeiten und ungleicher Zugang zu Krediten. Es fehlen Investitionen in die Landwirtschaft, um die Produktivität zu erhöhen, die BäuerInnen zu ernähren und ihnen angemessene Preise für ihre Produkte zu zahlen. All dies sind die Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in vielen Ländern und auf internationaler Ebene.⁶⁹

Die Erfahrungen mit «nachhaltiger Entwicklung» sind nicht überall positiv. Nicht nur, dass Klimawandel, Artensterben, Abholzung und Wüstenbildung fortschreiten. Die vielen gut gemeinten Ansätze führten aufgrund bestehender Machtverhältnisse oft zur Zunahme von Armut. So gibt es durchaus Fälle, in denen indigene Völker, wegen ihrer angeblich nicht-nachhal-

67 UNEP: Towards a Green Economy, S. 36. 68 Ebenda. 69 Vgl. Lander, Edgardo: El lobo se viste con piel de cordero, in: América Latina en movimiento 468–469/2011, S. 1–6.

tigen Lebensweise, von ihrem Land vertrieben wurden. Etwa wenn Naturschutzgebiete eingerichtet werden, in denen niemand mehr in natürliche Prozesse eingreifen darf. In einigen dieser Gebiete müssen Menschen ihr Land verlassen (anstatt dort nachhaltig zu wirtschaften). In anderen Fällen sorgen Unternehmen dafür, dass Menschen vertrieben werden, weil sie sich Zugang zu natürlichen Ressourcen verschaffen wollen.

Ob «grün» oder nicht – die entscheidende Frage bleibt, ob die Ursachen von Armut und Ungleichheit angegangen und ob die wirtschaftlichen und politischen Strukturen entsprechend verändert werden. Noch dominiert eine Entwicklung, die eher zu einer Machtkonzentration bei Unternehmen des Landwirtschafts- und Lebensmittelsektors führt. Wir erleben unter dem Label von grüner Technologie die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut. Menschen werden enteignet und ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt. KleinbäuerInnen verlieren ihr Land und müssen sich als TagelöhnerInnen auf Plantagen verdingen, auf denen Pflanzen für Agrartreibstoffe angebaut werden.⁷⁰

Der Abbau von Armut ist also eine Frage der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Gleichzeitig scheinen es die mächtigen politischen und ökonomischen Akteure mit der Armutsbekämpfung nicht so ernst zu nehmen. So formuliert die Bundesregierung in ihrer Rohstoffstrategie zwar, dass es ihr auch um gerechte Entwicklungschancen der Extraktionsländer gehe. Dominierendes Motiv der Strategie ist aber die Sicherung der Rohstoffbasis der deutschen und europäischen Wirtschaft. Das belegt die jüngste Kooperation mit Kasachstan: 50 Verträge mit einem Gesamtvolumen von 4,5 Milliarden Euro wurden beim Staatsbesuch von Kanzlerin Merkel im Februar 2012 abgeschlossen. «Für die Versorgung von Rohstoffen ist Kasachstan für Deutschland ein idealer Partner. In dem zentralasiatischen Land sind nahezu alle relevanten Industriemetalle zu finden», schrieb Ralf Heß bereits im Frühjahr 2011 in der Onlinezeitschrift Telepolis.⁷¹ Armutsbekämpfung und Menschenrechte

70 Vgl. International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD): Global Report, Washington D.C. 2009. **71** Heß, Ralf: Rohstoffpartner Kasachstan, www.heise.de/tp/artikel/34/34457/1.html (Zugriff: Februar 2013).

stehen für die autoritäre Regierung in der Liste politischer Prioritäten jedoch weit unten. Im Dezember 2011 schlugen in der westkasachischen Stadt Schanaosen (Schangaösen) Polizei und Militär streikende ÖlarbeiterInnen nieder. Mindestens 16 Menschen starben.⁷²

⁷² Vgl. König, Michael: Merkel hebt den Schatz aus der Steppe, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2012.

FAZIT

ANGESICHTS DER FALSCHEN VERSPRECHEN DER GREEN ECONOMY: EINE SOZIAL-ÖKO- LOGISCHE TRANSFORMATION IST NÖTIG (UND MÖGLICH)!

Die *Green Economy* soll allgemeine Harmonie stiften. Ökonomie und Ökologie soll sie versöhnen: Die Natur wird geschützt und die Armut reduziert, das Wirtschaftswachstum wird gestärkt, und mit ihm entstehen gute Arbeitsplätze. Die fortschreitende Naturzerstörung wie auch zunehmende Konflikte und soziale Ungleichheit zeigen jedoch: So einfach funktioniert das nicht. Und zwar vor allem, weil der kapitalistische Wachstumszwang und die Dominanz des Profitprinzips den hehren Zielen immer wieder einen Strich durch die Rechnung machen. Die *Green Economy* – so wie sie derzeit gefördert wird – versöhnt die Unternehmen nicht mit dem Klima und Oben nicht mit Unten.⁷³

Insgesamt kann die Entstehung des Konzepts der *Green Economy* nur im Zusammenhang mit der Entwicklung globaler Umweltpolitik verstanden werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges schaffte es die Staatengemeinschaft auf dem Erdgipfel von Rio 1992, einen historischen Kompromiss zu erzielen. Der Begriff der «nachhaltigen Entwicklung» sollte die Positionen des Globalen Nordens und Südens miteinander versöhnen: Ökologie, Soziales und Ökonomie sollten gleichwertig behandelt und in Einklang gebracht werden. Davon ist die *Green Economy* abgerückt: Soziales wird (meist) außen vor gelassen, die Ökologie soll sich der Ökonomie unterordnen.⁷⁴ Im Kern geht es den VerfechterInnen der *Green Economy* darum zu zeigen, dass Umweltschutzmaßnahmen sich finanziell rentieren. Durch Großinvestitionen wollen sie grüne Technologien vorantreiben und Märkte entwickeln. Indem sie die Natur in Wert setzen und Preise für Ökosystem(dienst)leistungen errechnen, hoffen sie, die Umwelt zu schützen. Damit unterwerfen sie den Umwelt-

⁷³ Vgl. das Interview mit Barbara Unmüßig «Ewiges Wachstum kann es nicht geben» in der *Frankfurter Rundschau* vom 14.6.2012, www.fr-online.de/rio-20/green-economy--ewiges-wachstum-kann-es-nicht-geben-,16359556,16377662.html (Zugriff: Februar 2013). ⁷⁴ Chapelle, Sophie: Rio+20: Comment multinationales et marchés financiers comptent s'accaparer la nature, Eintrag vom 18.6.2012, www.bastamag.net/article2479.html (Zugriff: Februar 2013).

schutz aber einer Logik der Wirtschaftlichkeit. Die Gefahr besteht darin, dass nicht nur Investitionen und Finanzflüsse grün werden. Vielmehr könnte die *Green Economy* zur Ausweitung kapitalistischer Prinzipien auf den Bereich Natur führen.⁷⁵

Die *Green Economy* ist also kein Spiel mit lauter GewinnerInnen, sondern birgt jede Menge Konflikte. Sie schließt heute schon viele Menschen aus und sie basiert auf den Macht- und Herrschaftsverhältnissen des Wirtschaftsparadigmas, das sie beerben soll. Bei genauerer Betrachtung der konkreten Formen einer *Green Economy* und der sie antreibenden Kräfte und Interessen wird deutlich: Das dominante Interesse besteht momentan im Ausbau kapitalistischer Marktstrukturen. Es geht um mehr Wachstum.

Im Kapitalismus wird durchaus auf Probleme wie Umweltzerstörung reagiert. Aber das geschieht weitgehend unter Kontrolle und gemäß den Bedürfnissen der Unternehmen und der Vermögenden. Daher sind eine grundlegend andere Energiebasis und höhere Effizienz von Produktion und Produkten zwar durchaus denkbar – wenn es etwas zu verdienen gibt, sind InvestorInnen schnell zur Stelle. Ob dieser Mechanismus allein jedoch zu grundlegenden Veränderungen führt, muss bezweifelt werden.

43

Abstrakte Verzichtsappelle an die Menschen werden wenig bringen. Es geht um grundlegendere Fragen: Wie sehen nachhaltige Städte aus? Nach welchen Kriterien werden Nahrungsmittel produziert und verteilt? Wie wollen wir leben?⁷⁶

Der Versuch, die *Green Economy* beim Klimagipfel Rio+20 als neues weltweites Entwicklungsmodell zu etablieren, ist vorerst gescheitert – der Gipfel brachte keine nennenswerten Ergebnisse. Dennoch ist das Vorhaben, dem Kapitalismus durch seine Begründung zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz zu verhelfen und ihn so zu stabilisieren, nicht vom Tisch. Zahlreiche Regierungen, Unternehmen, Denkfabriken und Einzelpersonen arbeiten weiter daran, Elemente einer *Green Economy* zu rea-

lisieren.⁷⁷ Die aus verschiedenen internationalen Organisationen bestehende Green Economy Coalition⁷⁸ regt an, dass eine Koalition aus Vorreiterstaaten wie Südkorea, Japan, Dänemark, und Deutschland zusammen mit Pionierunternehmen und unterstützt durch UN- und andere internationale Organisationen eine *Green Economy* bzw. ein weltweites *Green Growth* vorantreibt.⁷⁹ Abseits der Medienaufmerksamkeit und internationalen Gipfel werden Strategien entwickelt und internationale Institute wie das Global Green Growth Institute gegründet.⁸⁰ Statt einen wirklichen Wandel anzustoßen, drohen diese Initiativen die weitgehend nicht-nachhaltigen wirtschaftlichen Strukturen zu zementieren. Das haben sogar führende deutsche PolitikerInnen festgestellt und gemeinsam mit VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsverbänden vor der Rio+20-Konferenz einen Appell lanciert, in dem sie statt eines grünen Kapitalismus einen neuen Wachstumsbegriff und einen Wohlstand, der nicht auf Ressourcenverbrauch basiert, forderten.⁸¹ Auch die Mehrheit der Zivilgesellschaft weltweit sieht eine *Green Economy* in ihren verschiedenen Facetten skeptisch oder lehnt sie ab.⁸²

Die Frage der *Green Economy* darf nicht auf CO₂-Konzentrationen, Solarstrom-Zuschüsse und Großtechnologien reduziert werden. Es geht um mehr. Es geht darum, wie wir die Verhältnisse der Menschen und der Gesellschaft zur Natur gestalten. Heute geschieht das noch allzu oft auf unsoziale, unsolidarische und naturzerstörerische Art und Weise. Soll sich das grundlegend ändern, müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu

77 Für das Beispiel Brasilien siehe Tadzio Müllers Eintrag auf dem Rio+20-Blog der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 22.6.2012: rioplus20.blog.rosalux.de/2012/06/22/rio20-ist-tot-aber-die-green-economy-ebendoch-nicht (Zugriff: Februar 2013). **78** In der Green Economy Coalition sind zahlreiche namhafte intergouvernementale Organisationen und NGOs versammelt, u. a. das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die International Labour Organization (ILO), das International Institute for Environment and Development (IIED), die International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN), der World Wide Fund for Nature (WWF), das International Institute for Sustainable Development (IISD) und der Forest Stewardship Council (FSC). **79** Ähnlich sieht dies auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, der am 22.6.2012 in einer Presseerklärung die «Pioniere» aufrief, «bitte zu übernehmen»: wbgu.de/presse-termin/presseerklarungen/2012-06-22-presseerklarung (Zugriff: Februar 2013). **80** www.gggi.org. **81** Siehe Geyer, Steven: Auch grüner Kapitalismus kann ungerecht sein, in: Frankfurter Rundschau vom 1.6.2012. **82** Vgl. Benson, Emily/Greenfield, Oliver (Green Economy Coalition Sekretariat) 2012: Surveying the «green economy» and «green growth» landscapes, [greeneconomycoalition.org/sites/greeneconomycoalition.org/files/documents/Background%20paper%20\(LIVE%20DRAFT%20FOR%20COMMENT\)_0.pdf](http://greeneconomycoalition.org/sites/greeneconomycoalition.org/files/documents/Background%20paper%20(LIVE%20DRAFT%20FOR%20COMMENT)_0.pdf) (Zugriff: Februar 2013) oder den Eintrag Rio+20: indigenous peoples denounce green economy and REDD+ as privatization of nature auf der Webseite Climate Connections vom 15.6.2012, climate-connections.org/2012/06/15/rio20-indigenous-peoples-denounce-green-economy-and-redd-as-privatization-of-nature (Zugriff: Februar 2013).

einer solidarischen und wirklich nachhaltigen Produktions- und Lebensweise verändert werden.⁸³

Eine solche wird nur möglich sein, wenn in sozial abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen gesellschaftlich sinnvolle Produkte hergestellt werden – und wenn Erwerbsarbeit nicht der einzige Lebensinhalt ist («Leben, um zu arbeiten»). Erwerbsarbeit muss nicht nur Einkommen sichern, sondern auch sinnstiftend sein. Die Debatte um ein «Gutes Leben», wie sie derzeit in Lateinamerika geführt wird, bietet hier Anregungen.⁸⁴ Auch in Deutschland werden zunehmend Vorschläge für eine Postwachstums- oder Gemeinwohlökonomie und eine sozial-ökologische Transformation entwickelt. Ein Attac-Kongress mit dem Titel «Jenseits des Wachstums» brachte im Mai 2011 über 2.500 TeilnehmerInnen in Berlin zusammen.⁸⁵ Zahlreiche Veröffentlichungen beschäftigen sich mit Alternativen.⁸⁶ Viele Vereine positionieren sich für eine klare Abkehr vom Wachstum,⁸⁷ und an der Uni Jena gibt es eine DFG-ForscherInnengruppe mit dem Titel «Postwachstumsgesellschaft». Nicht zuletzt haben die Diskussionen über die Bedeutung von Wachstum für Wohlstand und Lebensqualität in einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu einer großen Bekanntheit der Wachstumsfrage und der Suche nach Alternativen geführt.⁸⁸

83 Für Ansätze vgl. Brand, Ulrich et al. (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0, Hamburg 2012. **84** Vgl. Fatheuer, Thomas: Buen Vivir – Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011 sowie: Gudynas, Eduardo: Buen Vivir – Das Gute Leben jenseits von Wachstum und Entwicklung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012. **85** Siehe jenseits-des-wachstums.de. **86** Zum Beispiel Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis: Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte (AttacBasisText), Hamburg 2011 oder Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft, Marburg 2010. Auch das Blog Postwachstum blog.postwachstum.de diskutiert aktiv über Alternativen zur Wachstumsgesellschaft. **87** Etwa der Verein für Ökologische Ökonomie (voeoe.de) und deren Nachwuchsnetzwerk Wachstumswende (wachstumswende.org). **88** Informationen zur Enquete-Kommission «Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität» des Deutschen Bundestages: bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp.

Dennoch kann dies nur ein Anfang sein. Es gibt also viel zu tun. Nur wenn der kapitalistische Wachstumszwang und die Profitlogik ihre Dominanz verlieren, ist der Weg frei für eine Welt, in der die Menschen ihre eigenen Lebensverhältnisse und ihr Verhältnis zur Natur nach demokratischen, solidarischen und wirklich nachhaltigen Maßstäben gestalten.

ZUM WEITERLESEN

TEXTE, DIE EINE GREEN ECONOMY PROPAGIEREN:

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Ökologisches Wirtschaften. Green Economy. BMZ Informationsbroschüre 2/2011, http://www.bmz.de/de/publikationen/themen/wirtschaft/BMZ_Informationsbroschuere_02_2011.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- Heinrich-Böll-Stiftung 2009: Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen, www.boell.de/downloads/oekologie/green_new_deal_oeko_band3.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- EU Commission 2010: Europe 2020 – A European Strategy for Smart, Sustainable and Inclusive Growth, ec.europa.eu/research/era/docs/en/investing-in-research-european-commission-europe-2020-2010.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- EU Commission 2011: Sustainable Industry: Going for Growth & Resource Efficiency, ec.europa.eu/enterprise/policies/sustainable-business/files/brochure_sustainable_industry_150711_en.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- nef – the new economics foundation 2009: The Great Transition. A tale of how it turned out right, www.neweconomics.org/sites/neweconomics.org/files/Great_Transition_0.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- United Nations Environment Programme (UNEP) 2009: A Global Green New Deal. Policy Brief, www.unep.org/pdf/A_Global_Green_New_Deal_Policy_Brief.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- UNEP 2011: Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, www.unep.org/greenecconomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- Organization for Economic Co-Operation and Development (OECD) 2011: Towards Green Growth, www.oecd.org/dataoecd/37/34/48224539.pdf (Zugriff: Februar 2013).

TEXTE, DIE SICH KRITISCH MIT DER GREEN ECONOMY AUSEINANDERSETZEN ODER ALTERNATIVEN ANSTOSSEN WOLLEN:

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München 2010.
- Alt, Jörg/Drempetic, Samuel (Hrsg.): Wohlstand anders denken, Würzburg 2012.
- Altvater, Elmar: Mit einem grünen New Deal aus dem Wachstumsdilemma? In: Widerspruch 60/2011, S. 119–132 .
- Brand, Ulrich: Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development, in: GAIA 1/2012, S. 28–32.
- Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0, Hamburg 2012.
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim/Wolf, Frieder Otto: Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation. rls Manuskripte 99, Berlin 2012.
- Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias: Green Economy – Green New Deal – Green Growth. Occupy Rio plus 20, in: W&E-Hintergrund November 2001, www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/we_archiv/042ae69e6d0b04602/042ae69fa30de0101.php (Zugriff: Februar 2012).
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) 2012: Nach dem Scheitern der Green Economy. Thesen zur Kritik an der Grünen Ökonomie und zu Alternativen zur ökologischen Modernisierung des Krisen-Kapitalismus. Positionspapier des Arbeitsschwerpunktes Gesellschaftliche Naturverhältnisse, www.buko.info/fileadmin/user_upload/gesnat/BUKO34-Gesnat-Thesen-DE-Langfassung-A4-V2.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim/Wolf, Frieder Otto: Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin 2012.
- Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Green Economy. Gerechtigkeit oder Begründung des Kapitalismus? FrauenRat 5/2011.
- Deutscher Naturschutzring (Hrsg.): Die Grenzen des Wachstums. Die große Transformation. Ein Reader, Berlin 2012.
- ETC Group 2011: Who will control the Green Economy. ETC Group Communiqué No. 107, www.etcgroup.org/sites/www.etcgroup.org/files/publication/pdf_file/ETC_wwctge_4web_Dec2011.pdf (Zugriff: Februar 2013).

- Evangelischer Entwicklungsdienst/Brot für die Welt (Hrsg.): Darf's ein bisschen mehr sein? Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung, Bonn 2011.
- Forum Umwelt und Entwicklung: Green Economy. Neue Impulse durch den Rio-Gipfel? Rundbrief 3/2011.
- GENANET 2011: Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft. Positionspapier, www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Diskussionspapier_alle.pdf (Zugriff: Februar 2013).
- Gudynas, Eduardo: Buen Vivir: Today's tomorrow, in: Development 4/2011, S. 441–447.
- Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Commons. Für eine Welt jenseits von Politik und Staat, Bielefeld 2012.
- Hoffmann, Ulrich: Some Reflections on climate change, green growth illusions and development space. UNCTAD Discussionpapers Nr. 205, Geneva 2011.
- Institut Solidarische Moderne 2011: Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne. www.solidarische-moderne.de.
- Informationszentrum Dritte Welt (iz3w): Mission Windrad – Der grüne Kapitalismus kommt, Heft 327/2011.
- Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München 2011.
- Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2011.
- Klein, Dieter/Steinitz, Klaus: Weichenstellungen für einen Sozialökologischen Umbau, in: Klein, Dieter (Hrsg.): Reform-alternativen. Sozial-ökologisch-zivil. RLS Schriften Bd. 2, Berlin 2000.
- Khor, Martin: Risks and Uses of the Green Economy Concept in the Context of Sustainable Development, Poverty and Equity, Genf 2011.
- Littig, Beate: Von Rio 1992 zu «Rio+20». Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion. In: WSI-Mitteilungen 8/2012.
- Müller, Michael /Strasser, Johano: Transformation 3.0. Raus aus der Wachstumsfalle, Berlin 2011.
- Netzer, Nina: Ein weltweiter Green New Deal. Krisenmanagement oder nachhaltiger Paradigmenwechsel? Berlin 2011.
- Paech, Nico: Die Legende vom nachhaltigen Wachstum – Ein Plädoyer für den Verzicht, in: Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, September 2010.

- Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis: Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. AttacBasisTexte 36, Hamburg 2011.
- Simon, Nils/Dröge, Susanne: Green Economy: Vision mit begrenzter Reichweite. Ohne die G20 kann es keine grüne Transformation der Weltwirtschaft geben. SPW-aktuell 19, Berlin 2011.
- Südlink: Alternativen zum Wachstum – Mit Rio+20 aus den globalen Krisen? Heft 159/2012.
- Unmüßig, Barbara: Grüne Ökonomie – neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20-Konferenz, in: Vereinte Nationen 1/2012, S. 3–9.
- Wissen, Markus: Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise, in: Kurswechsel 2/2012, S. 28–36.

Impressum

luxemburg argumente Nr. 3, 3. aktualisierte, überarbeitete Auflage
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: März 2013

Autor: Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien,
Mitglied der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität»
des Deutschen Bundestages, von Oktober 2012 bis Juni 2013 Fellow
am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Unterstützung bei der Recherche: Jana Flemming und Nina Treu

Redaktion: Steffen Kühne, Tazio Müller, Stefan Thimmel

Grafik/Layout: AEIOU, www.bureau-aeiou.com;

MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Illustrationen: Susann Stefanizen, www.susannstefanizen.de

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Wolfgang Pomrehn

ARMUTSRISIKO ENERGIEWENDE?

Mythen, Lügen, Argumente

Die Energiewende ist beschlossen und wird gleichzeitig von Schwarz-Gelb torpediert. Was ist dran an den vielen Mythen, Lügen und Argumenten, mit denen die Öffentlichkeit aktuell bearbeitet wird?

**luxemburg argumente Nr. 4,
März 2013, ISSN 2193-5831**

Download unter:

www.rosalux.de/publication/39097



Autorenkollektiv

VON WEGEN CASINO

Populäre Irrtümer über Banken, Börse und Kredit

Nicht erst seit der Finanzkrise stehen Banken und Finanzmärkte im Fokus – und am Pranger. Was ist dran an den populären Ansichten und Argumenten über den Kredit, Banken und Börsen? Und wo gehen sie einfach an der Realität vorbei?

**luxemburg argumente Nr. 5,
März 2013, ISSN 2193-5831**

Download unter:

www.rosalux.de/publication/39098

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

